

GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSARBEIT IN HESSISCHEN ARCHIVEN

ARCHIVE IN DER
ERINNERUNGSLAND-
SCHAFT

> Seite 4

INFORMIEREN,
KONTEXTUALISIEREN,
ERINNERN

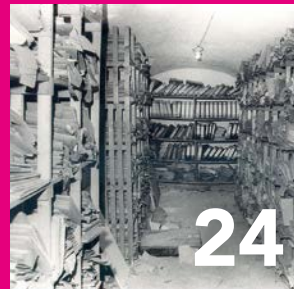
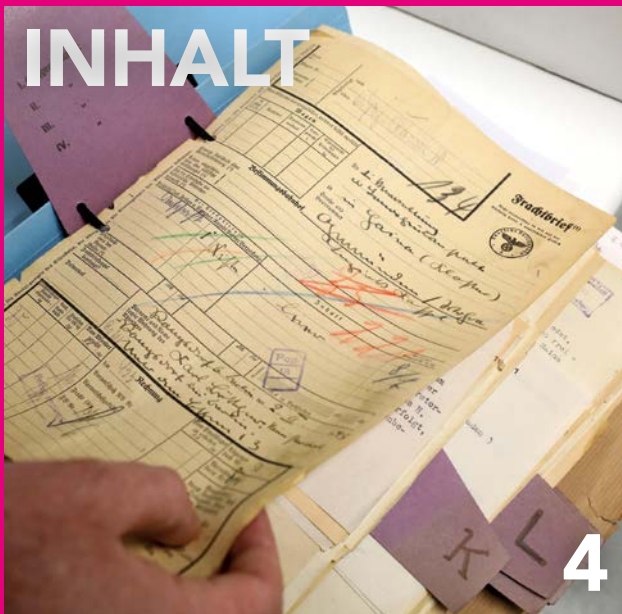
> Seite 24

PIONIER DER
NS-„EUTHANASIE“-
FORSCHUNG

> Seite 43

DER GESCHICHTSORT
ADLERWERKE

> Seite 47



■ EINFÜHRUNG

- 4 Archive in der Erinnerungslandschaft. Archive als kompetente Ansprechpartner und Impulsgeber in der hessischen Erinnerungskultur**
Als Herausgeber für den Landesvorstand Hessen des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.,
Dominik Motz, Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen,
Peter Quadflieg, Stadtarchiv Wiesbaden

■ GRÜSSWORTE ZUM 43. HESSISCHEN ARCHIVTAG IN BAD HOMBURG

- 8 Grußwort**
von Staatssekretärin Ayse Asar
- 10 Grußwort**
des Ersten Kreisbeigeordneten des Hochtaunuskreises Thorsten Schorr
- 12 Grußwort**
von Christian Helbich, Schatzmeister des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.

■ BEITRÄGE

- 14 Gesher – Perspektivwechsel 1869 – 1938 – 1946. Ein Projekt der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden in Kooperation mit dem Stadtarchiv Wiesbaden**
Katherine Lukat, Stadtarchiv Wiesbaden
- 19 Namen und Schicksale der Juden Kassels 1933 – 1945. Ein Gedenk- und Forschungsprojekt des Stadtarchivs Kassel**
Anika Manschwetus, Stadtarchiv Kassel
- 24 Informieren, Kontextualisieren, Erinnern. Die Anfragenbearbeitung der Gedenkstätte Hadamar**
Sebastian Schönemann, Gedenkstätte Hadamar
- 29 Gedenkstättenarbeit digital. Ein Werkstattbericht aus der Gedenkstätte Breitenau**
Ann Katrin Düben, Gedenkstätte Breitenau
- 34 Kinder von Zwangsarbeiterinnen und ihre Gräber. Ein Forschungsthema des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in Hessen**
Götz Hartmann, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Hessen

39 Aktuelle Debatten zur Gedenkkultur im Hochtaunuskreis. Ein Praxisbericht aus der Arbeit des Kreisarchivs

Gregor Maier, Kreisarchiv Hochtaunus

43 Pionier der Forschung zur NS-„Euthanasie“. Der Nachlass von Ernst Klee in der Gedenkstätte Hadamar

Esther Abel, Gedenkstätte Hadamar

47 Der Geschichtsort Adlerwerke. Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager

Thomas Altmeyer, Geschichtsort Adlerwerke

■ IMPRESSUM

51 Impressum

Editorial

Historische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gehört mittlerweile als feste Konstante zu den archivischen Kernaufgaben. Als offene Häuser der Geschichte liefern sie wichtige Impulse nicht nur für die historische Forschung, sie richten ihre Angebote vor allem auch an ein möglichst breites und interessiertes Publikum. Dennoch werden sie nicht in erster Linie mit der Vermittlung von Gedenk- und Erinnerungsarbeit in Verbindung gebracht, obwohl doch die in den Archiven aufbewahrten Quellen per se Zeugnisse der Erinnerung sind und nicht selten die Archive selbst Orte der Geschichte und des Gedenkens darstellen. Archive unterstützen Gedenkstätten bei der Aufbereitung von Themen mithilfe ihres Archivguts oder stehen diesen beratend zur Seite. Klassische Gedenkstätten wiederum beinhalten ebenfalls Schriftgut und üben somit Archivfunktionen aus. Archive und Gedenkstätten sind also eng miteinander verwoben und bedingen einander.

Der 43. hessische Archivtag am 12. Juli 2022 in Bad Homburg widmete sich dem Thema „Archive in der Erinnerungslandschaft“. In insgesamt acht Beiträgen wurden verschiedene Projekte von Archiven und Gedenkstätten im Bereich der Erinnerungskultur vorgestellt und diskutiert. Die auf der Tagung gehaltenen Beiträge werden hier als „Sonderheft der Archivnachrichten aus Hessen“ veröffentlicht. Ergänzt werden diese durch eine Einführung der beiden Tagungsorganisatoren und Herausgeber für den Landesvorstand Hessen des VdA Dr. Dominik Motz vom Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen sowie Dr. Peter Quadflieg vom Stadtarchiv Wiesbaden. Dr. Alexander Jehn (Landeszentrale für politische Bildung) konnte sein Manuskript leider nicht zur Verfügung stellen. Um die Vielfalt des

Themas angemessen abzubilden, wurden die Vorträge des Archivtags um zwei weitere Beiträge von Dr. Esther Abel (Gedenkstätte Hadamar) und Thomas Altmeyer M.A. (Geschichtsort Adlerwerke) bereichert.

Das Heft nähert sich dem Themenschwerpunkt in drei Kapiteln. Der Einführung von Motz und Quadflieg schließen sich drei Grußworte zum hessischen Archivtag in Bad Homburg von Staatssekretärin Ayse Asar, dem Ersten Kreisabgeordneten des Hochtaunuskreises Thorsten Schorr sowie von Dr. Christian Helbich, dem Schatzmeister des VdA an. Im Anschluss folgen die verschriftlichten Referate der Vortragenden.

Die Beiträge in diesem Heft geben viele neue Denkanstöße, die sich hoffentlich fruchtbringend auf die Zusammenarbeit bzw. Kooperation zwischen Archiven und Gedenkstätten auswirken und diese weiterhin bestärken und fördern.



■ Archive in der Erinnerungslandschaft

Archive als kompetente Ansprechpartner und Impulsgeber in der hessischen Erinnerungskultur

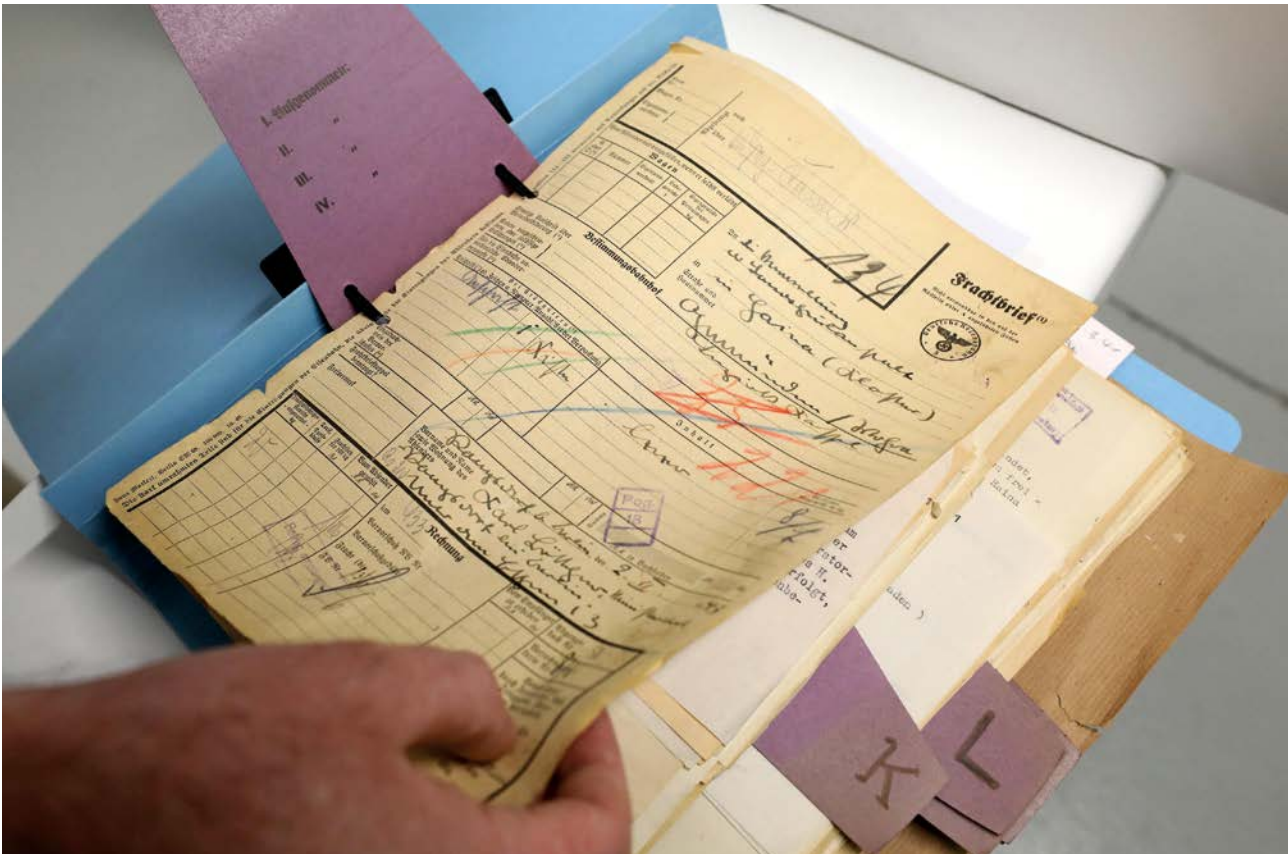
Archive sind als offene Häuser der historischen Forschung und als Träger zielgruppenspezifischer Angebote der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit relevante Vermittler der Gedenk- und Erinnerungsarbeit im analogen wie auch im digitalen Raum. Zentral für das Gelingen bei dieser wichtigen Aufgabe ist die offene und stringente Kooperation nicht nur mit einer möglichst breiten Zielgruppe historisch Interessierter, sondern auch mit nichtarchivischen Trägern der Erinnerungsarbeit.

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Zwangspause fand der ursprünglich schon für 2020 geplante 43. Hessische Archivtag am 12. Juli 2022 in Bad Homburg statt. Tagungsort war das von der Goethe-Universität Frankfurt in Kooperation mit der Werner Reimers Stiftung betriebene Forschungskolleg Humanwissenschaften. Über 80 Kolleginnen und Kollegen aus Archiven und Gedenkstätten aller Sparten und Größen waren der Einladung des Landesverbandes Hessen im Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. gefolgt.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die Berührungspunkte und Wechselbeziehungen zwischen Archiven und Gedenkstätten im Bereich der Erinnerungsarbeit. Viele (hessische) Archive – insbesondere im kommunalen Raum – sind wichtige Ansprechpartner, wenn es um die Erforschung von Biographien für Stolperstein-

Landesweite Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2023 im Ständehaus in Kassel. © Uwe Zucchi





Verlegungen oder die Organisation von Gedenktagen geht. Gedenkstätten wiederum dienen nicht nur als Orte historisch-politischer Bildung, sondern auch als Archive für Schriftgut im Zusammenhang mit ihrem Erinnerungsauftrag.

Das Bundesland Hessen ist reich an Gedenk- und Erinnerungsorten. Neben Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus finden sich auf seinem Gebiet auch Museen zur Geschichte des Kalten Krieges sowie mit der Frankfurter Paulskirche ein zentraler Ort der deutschen Demokratieggeschichte. Unabhängig vom thematischen Zusammenhang steht im Zentrum der Arbeit der Gedenkstätten das Erinnern und Gedenken als individueller, aber auch als kollektiver, gesellschaftlicher Prozess. Gedenkstätten bewahren und erschließen die ihnen anvertrauten historischen Orte und bringen diese für die interessierte Öffentlichkeit (insbesondere für Schülerinnen und Schüler) zum Sprechen. Auf diese Weise vermitteln sie historische (Grund-)Informationen und regen zur individuellen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit an.

Abgesehen vom historischen Ort besteht die Basis der Gedenkstättenarbeit in der Regel aus Unterlagen, die in öffentlichen Archiven aufbewahrt werden. Durch die archivrechtlich konforme Bereitstellung authentischer Quellen tragen Archivarinnen und Archivare dazu

Nutzung von Archivgut im Archiv des LWV Hessen. © Andreas Fischer

bei, dass Mitglieder von Erinnerungsinitiativen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gedenkstätten sowie Historikerinnen und Historiker in der Lage sind, Forschungsfragen zu beantworten, erinnerungswürdige Ereignisse darzustellen sowie an Personen und deren Lebens- und Schicksalswege zu erinnern.

Die Nutzung der in den Archiven verwahrten historischen Informationen beschränkt sich für die Gedenkstätten jedoch nicht auf die reine Rezeption. Sie beinhaltet auch die Aufarbeitung und aktive Ergänzung der Quellen. Damit entstehen und sind in den Gedenkstätten Sammlungen entstanden, denen ein großer historischer Wert zukommt. Es handelt sich um Zeugnisse des jeweiligen erinnerungskulturellen Diskurses, die ein wichtiges Scharnier bilden zwischen den in Archiven aufbewahrten Informationen über die Vergangenheit und der als kollektiver Erinnerung gelebten Gegenwart des Vergangenen.

Organisatorisch wird das Beziehungsgeflecht zwischen Gedenkstätten als Erinnerungsorten und Archiven als Orten der authentischen Information in Hessen unterschiedlich abgebildet. In einigen Kommunen sind die Archive ausdrücklich verwaltende Stellen kommunal-

ler Gedenkstätten. Andernorts gehen Gedenkstätten auf zivilgesellschaftliches Engagement wie die in den 1980er Jahren entstandenen Geschichtswerkstätten zurück und existieren bis heute in unabhängiger Trägerschaft – aber mit einer engen Bindung an ein Archiv.

Vor diesem Hintergrund gibt die vorliegende Sonderausgabe der Archivnachrichten aus Hessen die Grußworte und Referate des 43. Hessischen Archivtags wieder. Die Referentinnen und Referenten zeigten sich dankenswerterweise mit einer Veröffentlichung einverstanden. Alle Texte zusammen geben einen Einblick in die aktuelle Arbeit der hessischen Archive und Gedenkstätten im Bereich der Erinnerungskultur. Sie stellen Projekte vor, die an der Grenze zwischen archivischer und Gedenkstättenarbeit angesiedelt sind bzw. in denen sich die klassischen Arbeitsbereiche vermischen.

Als Vertreterin eines kommunalen Archivs, das auch für die städtischen Gedenkstätten verantwortlich ist, zeichnet Dr. Katherine Lukat vom Stadtarchiv Wiesbaden ein jüngst abgeschlossenes digitales Erinnerungsprojekt nach. Im Zentrum des Projektes „Gesher“

(hebräisch für „Brücke“) steht die dreidimensionale Rekonstruktion der 1938 zerstörten Wiesbadener Synagoge auf dem Michelsberg für Augmented- und Virtual-Reality-Anwendungen.

Anika Manschwetus M.A. arbeitet ebenfalls in einem großen hessischen Kommunalarchiv an einem digitalen Erinnerungsprojekt. Das Stadtarchiv Kassel setzt mit der Datenbank „Namen und Schicksale der Juden Kassels 1933 – 1945“ ein bereits in den 1980er Jahren begonnenes Gedenkbuchprojekt digital fort und nutzt dabei auch neu verfügbare Quellenbestände.

Dass auch Gedenkstätten archivische Kernaufgaben erfüllen, zeigt der Beitrag von Dr. Sebastian Schönmann von der Gedenkstätte Hadamar. Die Gedenkstätte gehört wie das LWV-Archiv zum Fachbereich Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV) und beantwortet Anfragen zu Opfern der NS-„Euthanasie“ aus öffentlichem Archivgut.

Impressionen Hessischer Archivtag 2022 in Bad Homburg.
© Peter Quadflieg



Eine andere Form der Auswertung historischer Unterlagen stellt Dr. Ann Katrin Düben von der Gedenkstätte Breitenau vor. Seit 2020 nutzt die Gedenkstätte digitale Zugänge, um historische Inhalte niedrigschwellig und visuell ansprechend zu kommunizieren. Kern dieser digitalen Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit bilden rund 3.000 Fallakten von Gestapogefangenen, die als Dauerleihgabe des LWV-Archivs in der Gedenkstätte aufbewahrt werden.

Über ein erinnerungskulturelles Forschungsprojekt, das seit 1999 die Geschichte hessischer Kriegsgräberstätten aufarbeitet, berichtet Dr. Götz Hartmann vom Landesverband Hessen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Im Mittelpunkt seines Beitrags steht eine Totengruppe, die bislang wenig von der Öffentlichkeit beachtet wurde: die Kinder von Zwangsarbeiterinnen, die im oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland geboren wurden, jedoch aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen bereits im Säuglings- und Kleinkindalter verstarben.

In Form eines Praxisberichtes gibt Gregor Maier M.A. einen Einblick in die Arbeit des Kreisarchivs Hochtaunus im Bereich der Gedenkkultur. An aktuellen Beispielen zeigt er, mit welchen Fragen der Erinnerungsarbeit und des Gedenkens ein kommunales Archiv konfrontiert werden kann.

Dr. Esther Abel von der Gedenkstätte Hadamar präsentiert einen für die Aufarbeitung und Aufklärung der nationalsozialistischen Krankenmorde besonderen Bestand. Es handelt sich um den Nachlass des Frankfurter Journalisten, Sozialarbeiters und Pioniers der NS-„Euthanasie“-Forschung Ernst Klee, der der Gedenkstätte 2018 übergeben worden ist.

Eine neu gegründete und erst seit März 2022 bestehende Gedenk- und Bildungsstätte stellt Thomas Altmeyer M.A. vor. Der „Geschichtsort Adlerwerke: Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager“ erinnert an ein KZ-Außenlager in den Frankfurter Adlerwerken und an Zwangsarbeit im städtischen Raum.

Die Realisierung der vorliegenden Sonderausgabe der Archivnachrichten aus Hessen wäre ohne die Unterstützung des Hessischen Landesarchivs nicht denkbar gewesen. Der Landesvorstand Hessen des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. bedankt sich insbesondere beim Präsidenten des Hessischen Landesarchivs, Herrn Prof. Dr. Andreas Hedwig, sowie bei David Gniffke M.A (Hessisches Landesarchiv, Präsidialbüro) für die Möglichkeit, auf das zentrale Informationsjournal der hessischen Archive zurückzugreifen,



Impressionen Hessischer Archivtag 2022 in Bad Homburg.
© Peter Quadflieg

um die Referate des 43. Archivtags in gedruckter Form zu veröffentlichen. Mit der Veröffentlichung verbunden ist der Wunsch, dass durch das Heft Möglichkeiten der Kooperation zwischen Archiven und Gedenkstätten aufgezeigt und zukünftige Projekte der Zusammenarbeit inspiriert werden.

Als Herausgeber für den Landesvorstand Hessen des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.,

Dr. Dominik Motz, Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen,

Dr. Peter Quadflieg, Stadtarchiv Wiesbaden

■ Grußwort

von Staatssekretärin Ayse Asar, LL.M. (London) zum 43. Hessischen Archivtag in Bad Homburg



Sehr verehrte Gäste,

es ist mir ein besonderes Anliegen, Ihnen die herzlichen Grüße der Hessischen Landesregierung, insbesondere von Frau Staatsministerin Angela Dorn, zu überbringen, die es sehr bedauert, aufgrund anderer terminlicher Verpflichtungen heute nicht hier sein zu können.

Im Gedächtnis von Hessen lagern mehr als 170 Kilometer Akten und 12.600 Gigabyte digitale Unterlagen. Das sind gigantische Mengen. Aber keine Sorge, Sie müssen nicht gut zu Fuß sein, wenn Sie zum Beispiel etwas über die Ereignisse hessischer Geschichte erfahren möchten. Denn alles, was historisch und rechtlich relevant ist, wird nach den Bestimmungen des Archivgesetzes als Archivgut in den öffentlichen Archiven aufbewahrt.

Doch die Arbeit der Archive geht über die der reinen Aufbewahrung hinaus. Nicht umsonst trägt der 43. Hessische Archivtag den Tagungstitel „Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit in Hessischen Archiven“. Bereits durch die selektive Sicherung der Überlieferung einer Behörde, eines Landes, einer Gesellschaft betreiben Archive Erinnerungsarbeit, und durch ihren Vermittlungsauftrag wirken sie darüber hinaus auch aktiv an der Erinnerungskultur mit.

Archivarbeit bildet folglich das Rückgrat und das Fundament gegenwärtiger und zukünftiger historisch-wissenschaftlicher Forschung und der Erinnerungskultur. Insofern ist diese Veranstaltung ein wichtiger Impuls, Chancen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Archive und Gedenkstätten als bedeutende Gedächtnisinstitutionen noch intensiver als bisher zusammen-

kommen können, um die hessische Erinnerungslandschaft zu bereichern. Für diesen Impuls danke ich dem Landesverband.

Erinnerungsarbeit sollte niemals nur rückwärtsgerichtet sein, sondern immer auch Orientierungen und Wertmaßstäbe für die Gegenwart und Zukunft setzen.

Gerade mit Blick auf Hessen ist mir eines dabei besonders wichtig: Erinnerungsarbeit sollte bei den Menschen Verständnis für ihre Lebensverhältnisse wecken und das regionale Identitätsbewusstsein in einem historisch so vielfältigen Land, das Hessen nun einmal ist, fördern. Das bedeutet auch, Platz zu machen für bislang wenig sichtbare Perspektiven und Erinnerungen, um neue Möglichkeiten der Erinnerungsarbeit zu schaffen.

Wir leben in einer Zeit, in der sich Fake News rasant verbreiten können und Geschichte für politische Zwecke instrumentalisiert wird – dies sehen wir aktuell auch in der zwischenstaatlichen Kommunikation insbesondere autoritärer Staaten. Insofern sind von politischer Einflussnahme unabhängige öffentliche Archive die Voraussetzung für eine diskursive und ergebnisoffene Erforschung der Geschichte. Demokratie braucht eine starke, eine unabhängige Wissenschaft und Erinnerungsarbeit.

Neugier und die Suche nach der Wahrheit zu fördern, eine verantwortungsbewusste Erinnerungskultur zu pflegen, gehören folglich zu den Aufgaben und Pflichten einer jeden Landesregierung. Die Hessische Landesregierung hat daher beim Landesamt für geschichtliche Landeskunde und beim Landesarchiv wichtige Projekte mit auf den Weg gebracht, die von der Aufarbeitung des letztlich tragischen christlich-jüdischen Zusammenlebens in Hessen über die „Euthanasie“-Geschichte und die Arbeitsmigration nach 1945 bis hin zur Untersuchung der NS-Vergangenheit der Preisträgerinnen und Preisträger der Goethe-Plakette reichen.

Die zunehmende zeitliche Distanz zu den historischen Ereignissen stellt Archive, Gedenkstätten und die Politik vor die Herausforderung, neue Ansätze der Erinnerungskultur auszuloten.

Durch den absehbaren Verlust an Zeitzeuginnen und Zeitzeugen als einer der wirkungsvollsten emotionalen Säulen der Erinnerungsarbeit bleibt letztlich die archivische Überlieferung und die Frage nach den empathischen Ansatzpunkten. Möglichkeiten dazu kann und sollte die Hinwendung zur lokalen und regionalen

Erinnerungskultur eröffnen, um für die Menschen Identifikationsorte zu schaffen.

Dank des großen Engagements von Bürgerinitiativen, Forscherinnen und Forschern entstanden in den letzten Jahrzehnten auch in Hessen vom Land unterstützte einzigartige Spezialarchive, wie beispielsweise das Archiv der deutschen Frauenbewegung und das Archiv der deutschen Jugendbewegung, die über Materialien verfügen, die so in keinem staatlichen oder kommunalen Archiv zu finden sind.

Diese einzigartigen Zeugnisse der Geschichte und Gegenwart für die Nachwelt zu erhalten, zu erschließen und vor allem auch digital zugänglich zu machen und zu vermitteln, sollte eine der zentralen Aufgaben der Erinnerungsarbeit in den kommenden Jahren sein, bei der die kommunalen und staatlichen Archive mit ihrer Expertise die Gedenkstätten unterstützen können.

Ich möchte deshalb abschließend alle, die in Archiven oder Gedenkstätten arbeiten, für ihre wichtige Arbeit danken und weiter darin bestärken, sich den Herausforderungen und Veränderungen in Gesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und letztlich der Erinnerungsarbeit zu stellen. Wir brauchen Ihre großartige Arbeit und Ihr Netzwerk für eine offene wissenschaftliche Forschung und für eine breit aufgestellte Erinnerungskultur mehr denn je.

Ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf, anregende Diskussionen und neue Sichtweisen, das Erinnern und Gedenken in Hessen auch in Zukunft wachzuhalten.

■ Grußwort

des Ersten Kreisbeigeordneten des Hochtaunuskreises Thorsten Schorr zum 43. Hessischen Archivtag in Bad Homburg



Sehr geehrte Gäste,

es ist mir eine große Freude, Sie heute zum 43. Hessischen Archivtag in unserer Kreisstadt Bad Homburg v. d. Höhe begrüßen zu dürfen. Ich tue das im Namen und mit herzlichen Grüßen von Herrn Landrat Krebs und der Kreisgremien und heiße Sie herzlich willkommen.

Eigentlich war geplant, bereits 2020 zu einem Archivtag nach Bad Homburg einzuladen, denn in diesem Jahr wollte das Kreisarchiv des Hochtaunuskreises sein 30-jähriges Bestehen feiern. Dass und weshalb es anders gekommen ist, wissen wir alle, aber die Anlässe zum Feiern gehen nicht aus. In diesem Jahr feiert der Hochtaunuskreis das 50-jährige Jubiläum seiner Gründung im Zuge der hessischen Gebietsreform – und für

dieses Kreisjubiläum ist es ebenfalls eine besondere Zierde, den Hessischen Archivtag hier in Bad Homburg zu haben. Ich freue mich, dass der Hochtaunuskreis Sie heute hier im Forschungskolleg Humanwissenschaften zum Mittagessen einladen kann, um dadurch einen Beitrag zum Gelingen des Tages zu leisten.

Wer, so wie wir in diesem Jahr, ein Jubiläum feiern will, der braucht dafür eine historische Fundierung – eine historische Fundierung, die in unserem Fall das Kreisarchiv des Hochtaunuskreises bietet. Lange Zeit war der Hochtaunuskreis einer von nur drei Landkreisen in Hessen, die ein eigenes Kreisarchiv betrieben haben. Es ist ein gutes Zeichen, dass in den letzten Jahren hier etwas Bewegung in die Archivlandschaft gekommen ist und heute, wenn ich richtig informiert bin, immerhin neun der 21 Landkreise in Hessen ihr

schriftliches Kulturerbe eigenverantwortlich pflegen. Ich kann an dieser Stelle gerne und eindringlich für die Institution Kreisarchiv werben: zum einen im Eigeninteresse der Kreisverwaltungen, zum anderen aber auch mit Blick auf die Städte und Gemeinden, gerade im ländlichen Raum. Von den 13 Städten und Gemeinden unseres Landkreises verfügen fünf über ein hauptamtlich besetztes Archiv. In den anderen acht Kommunen erfolgt die Archivpflege ehrenamtlich, oft in der Regie eines örtlichen Geschichtsvereins.

Gerade für diese Archive ist es wichtig und segensreich, mit dem Kreisarchiv einen kompetenten Ansprechpartner vor Ort zu haben, der sie bei ihrer Arbeit unterstützt. Unser Kreisarchiv unterstützt und ergänzt also die Arbeit der Archivberatungsstelle Hessen hier ganz konkret vor Ort. Das kommt den kleineren Kommunen ganz unmittelbar zugute. Und auch jenseits des archivischen Kerngeschäfts fungiert unser Kreisarchiv als wichtige Anlaufstelle für Orts- und Regionalgeschichte, unterstützt und berät Geschichtsvereine ebenso wie Orts- und Regionalhistorikerinnen und -historiker. Ich würde durchaus behaupten, dass dadurch der Hochtaunuskreis einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dass es hier im Taunus ein breites Bewusstsein für Geschichte und Kulturerbe und ein reges öffentliches Interesse für diese Fragen gibt.

Darauf können wir auch bei unserem Kreisjubiläum zurückgreifen: Beim Kreisarchiv lag die Redaktion des Jahrbuchs Hochtaunuskreis als Sonderband zum Kreisjubiläum, es hat eine Fotoausstellung zum Kreisjubiläum erarbeitet und gemeinsam mit den regionalen Geschichtsvereinen eine Tagung zur Gebietsreform der 70er Jahre in der Taunus-Region veranstaltet, deren Referate ebenfalls in den Druck gehen werden. Die Grundlage dafür sind natürlich die Bestände; und wir sind daher sehr dankbar, dass bereits 2015 unsere Kreisüberlieferung für die Zeit seit 1945 vom Hessischen Hauptstaatsarchiv an das Kreisarchiv übergeben wurde und seither hier intensiv benutzt wird. Für die älteren Akten aus preußischer Zeit wird uns das Hauptstaatsarchiv Digitalisate zur Verfügung stellen, sodass auch hier hoffentlich bald die Benutzung für die Orts- und Regionalgeschichte deutlich vereinfacht wird.

„Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit“ lautet das Thema Ihres heutigen Archivtags. Geschichte – erst recht die neueste Geschichte – ist niemals nur ein Selbstzweck, sondern hat immer auch etwas mit politischer Bildung und damit am Ende mit unserer Demokratie zu tun. Es ist wichtig, dass sich hierbei die unterschiedlichen Ebenen miteinander verbinden: Ge-

denk- und Erinnerungsprojekte auf nationaler Ebene, auf Landesebene und, ganz wichtig, auf regionaler und lokaler Ebene. Gerade die letztere macht unsere Geschichte anschaulich und begreifbar. Die Archive spielen dabei eine wichtige Rolle und sind hierbei auch besonders gefordert: Es geht um die Erschließung und Bereitstellung der Quellen, aber es geht auch darum, sie zum Sprechen zu bringen – und zwar nach Möglichkeit nicht nur für eine überschaubare wissenschaftliche oder dezidiert interessierte Öffentlichkeit, sondern für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ganz unterschiedlichen Alters, Bildungsstandes und Lebensumfeldes. Sie behandeln damit heute ein wichtiges Feld an der Schnittstelle von archivfachlicher Arbeit und Öffentlichkeit. Ich bin mir sicher, dass gelingende Projekte in diesem Feld, von denen Sie heute ja etliche vorgestellt bekommen, einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, für die Institution Archiv zu werben und ihre Bedeutung einer breiten Öffentlichkeit deutlich werden zu lassen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine informative, fruchtbare Veranstaltung und darüber hinaus einen schönen Tag hier bei uns im Taunus.

■ Grußwort

von Dr. Christian Helbich (Schatzmeister des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.) zum 43. Hessischen Archivtag in Bad Homburg



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen im Namen des Vorsitzenden und des Gesamtvorstandes des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare als dessen Schatzmeister die herzlichsten Grüße übermitteln zu dürfen. Auch wir sind froh, dass nach einer dreijährigen coronabedingten Pause endlich wieder ein Landesarchivtag in Hessen durchgeführt werden kann. Nach den Landesverbänden Sachsen-Anhalt und Thüringen ist Ihr Landesverband damit bereits der dritte, der in diesem Jahr eine Veranstaltung in Präsenz anbietet und somit auch eine gewisse Rückkehr in die Normalität vollzieht, auch wenn wir alle nicht wissen, wie die weitere Entwicklung der Pandemie sein wird.

Beim Tagungsthema „Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit in Hessischen Archiven“ war mein erster Gedanke, was die Gedenkstätten angeht: Das betrifft doch vor allem Stadt- und Kreisarchive, oder? So ganz falsch liege ich damit nicht, betreuen doch einige kommunale Archivarinnen und Archivare in Personalunion oft auch die lokalen Museen und Gedenkstätten mit. Doch bei genauerer Reflexion wurde mir bewusst, dass beispielsweise auch staatliche Archive zahlreiche Anknüpfungspunkte zu Gedenkstätten haben.

Lassen Sie mich als Archivar im Niedersächsischen Landesarchiv (kurz NLA) ein paar Beispiele aus meinem Bundesland aufzeigen. In einigen der sieben Abteilungen des NLA wird Archivgut zu Gedenkstätten bzw. genauer gesagt zu Einrichtungen, an denen Gedenkstätten heute angeschlossen sind, aufbewahrt. Hierzu

zählen etwa Unterlagen zu den ehemaligen Landesheil- und Pflegeanstalten Lüneburg (NLA-Abteilung Hannover) und Wehnen (NLA-Abteilung Oldenburg) mit ihren „Euthanasie“-Gedenkstätten, zur Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel (NLA-Abteilung Wolfenbüttel), wo eine Gedenkstätte über die ehemalige Hinrichtungsstätte aus der NS-Zeit informiert (wolfenbuettel.stiftung-ng.de), oder zur Justizvollzugsanstalt Lingen, deren Aktenbestand in der NLA-Abteilung Osnabrück aufbewahrt wird, der zahlreiche Archivalien zu den Emslandlagern enthält, an die heute das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager (diz-emslandlager.de) und die Gedenkstätte Esterwegen (gedenkstaette-esterwegen.de) erinnern. Doch auch in anderen Archivbeständen sind zahlreiche Dokumente enthalten, die für die Arbeit von Gedenkstätten von zentraler Bedeutung sind. Sie werden bei uns teilweise in Form von thematischen Sonderfindbüchern erschlossen und zugänglich gemacht.

Daneben findet auch eine unterschiedlich intensive Form der Zusammenarbeit zwischen einzelnen NLA-Abteilungen und Gedenkstätten statt. So werden diese etwa bei der Quellenrecherche und -auswertung für Publikationen und die Konzeption von Dauer- und Sonderausstellungen unterstützt, indem ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter anderem erleichterter Zugang zu noch gesperrten Archivalien eingeräumt wird oder einzelne Dokumente für die Präsentation vor Ort zur Verfügung gestellt werden. Letzteres praktiziert beispielsweise die NLA-Abteilung Osnabrück seit einiger Zeit mit den beiden Gedenkstätten Gestapokeller im Schloss Osnabrück und Augustaschacht in Hasbergen. Auch die aktuelle Dauerausstellung in der Gedenkstätte Lager Sandbostel bei Bremervörde verdankt viele ihrer Exponate der Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv, hier der Abteilung Stade.

Eine Kooperation findet unter anderem auch in Hinblick auf die historische und politische Bildungsarbeit statt. So hat die NLA-Abteilung Wolfenbüttel jüngst zusammen mit dem Bürger Museum Wolfenbüttel und der Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel ein Schulprojekt für die Klassenstufen 9 bis 11 zum Nationalsozialismus in Wolfenbüttel konzipiert. Es besteht aus drei Teilen: einer Einführung im Bürger Museum, einer Recherche in Quellen zur NS-Zeit im Landesarchiv und einem Workshop in der Gedenkstätte, wo die Schülerinnen und Schüler mit Einzelschicksalen vertraut gemacht werden (siehe museumwolfenbuettel.de/media/custom/3413_1702_1.PDF?1654774117). Es ergänzt das bereits laufende Projekt „ZeitWechsel“, das allgemein für Interessierte gedacht ist.

Das Landesarchiv beteiligt sich auch als Partner an der wissenschaftlichen Aufarbeitung. Hier kooperiert etwa die NLA-Abteilung Osnabrück mit der Universität Osnabrück und den Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht bei einem Forschungs- und Erfassungsprojekt zur Gestapokartei Osnabrück, einer von bundesweit nur noch sieben erhaltenen Zentralkarteien der Geheimen Staatspolizei (siehe hierzu unter anderem zwei Beiträge in den Archiv-Nachrichten Niedersachsen. Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven 22/2018, S. 124 – 138, und 24/2020, S. 9 – 22). Ähnliches gilt für ein Auswertungs- und Forschungsprojekt zu Inhaftierenkarteien mit der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen.

Als letztes Beispiel möchte ich die gemeinsame Durchführung von Veranstaltungen nennen. Hier hat unter anderem in diesem Frühjahr die NLA-Abteilung Aurich mit dem Verein Gedenkstätte KZ Engerhufe e. V. und der Ostfriesischen Landschaft (einem Zusammenschluss der ostfriesischen Landkreise Aurich, Leer und Wittmund sowie der Stadt Emden) einen Workshop angeboten (siehe hierzu unter anderem den Bericht im Blog für ostfriesische Geschichte unter ostfrhist.hypotheses.org/1241). In der erstmalig durchgeführten eintägigen Veranstaltung wurde über den Stand der Forschung zur Geschichte der NS-Zwangsarbeit und der Zwangsarbeitslager in Ostfriesland diskutiert. Hintergrund war hier nicht zuletzt die Neukonzeption der Dauerausstellung in der Gedenkstätte, die sich verstärkt dem Thema Zwangsarbeit widmen will.

Meine Damen und Herren, bei diesen Beispielen will ich es belassen. Man sieht, dass viel mehr Archive Bezüge zu Gedenkstätten und deren Arbeit haben, als man vielleicht zuerst denkt. Umso mehr bin ich gespannt auf die Beiträge aus Ihrem Bundesland.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch zwei Einladungen aussprechen. Der VdA hätte in diesem Jahr gern wieder den Deutschen Archivtag durchgeführt, allein aufgrund der noch Anfang des Jahres unkalkulierbaren pandemischen Lage musste die für Leipzig geplante Veranstaltung leider abgesagt werden. Stattdessen wird am 21. und 22. September eine digitale Fachveranstaltung angeboten, zu der ich Sie herzlich willkommen heiße. Darüber hinaus möchte ich Sie auch zu den Online-Fortbildungen des VdA einladen, die seit Herbst 2020 stattfinden. Die nunmehr bereits vierte Staffel wird am 16. und 17. November durchgeführt. Der Vorstand würde sich über reges Interesse auch bei Ihnen und Ihren heute nicht hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen freuen.

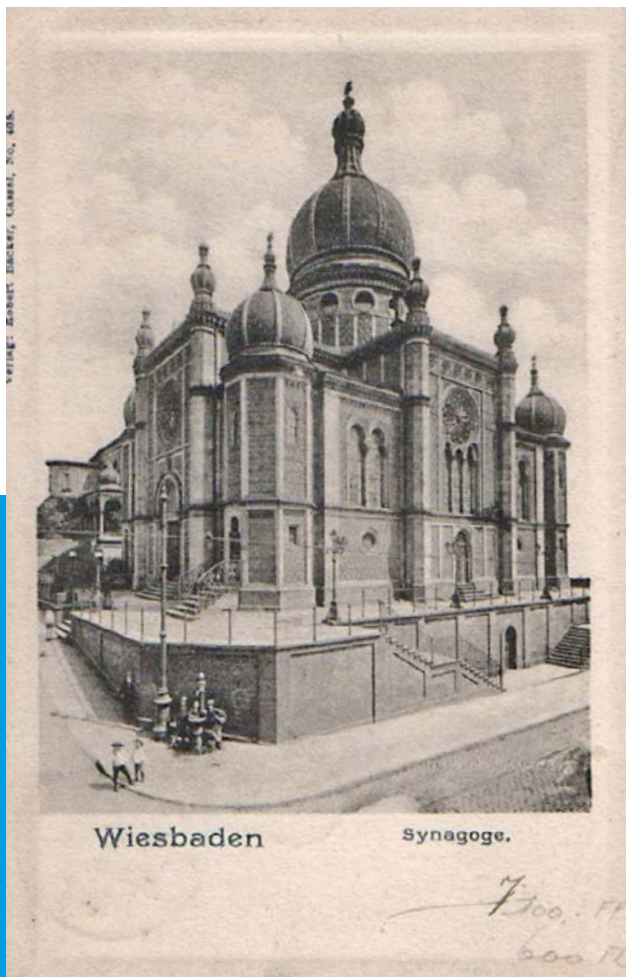
■ Gesher – Perspektivwechsel 1869 – 1938 – 1946

Ein Projekt der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden in Kooperation mit dem Stadtarchiv Wiesbaden

Das Projekt „Gesher“, hebräisch גֶּשֶׁר für „Brücke“, ist ein Beitrag zum Festjahr „321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ und zwischen November 2020 und Dezember 2021 entstanden. Es verbindet in einer digitalen Rekonstruktion der Synagoge auf dem Michelsberg in Wiesbaden die Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden mit der jüdischen Geschichte der Stadt und schlägt die Brücke zu jüdischem Leben heute.

Im Zentrum des Projektes steht die virtuelle Rekonstruktion der alten Synagoge am Wiesbadener Michelsberg, die auf verschiedenen Wegen abgerufen und erkundet werden kann. Die Rekonstruktion ist sowohl als

Virtual Reality als auch als Augmented Reality verfügbar und wird durch eine Projekthomepage gerahmt. Dabei kommen Techniken zum Einsatz, die auf die Gamer-Szene zurückgehen, um die alte Synagoge Wiesbadens, die in den Novemberpogromen 1938 zerstört wurde, fotorealistisch und dreidimensional entstehen zu lassen. Mit dem Modell gekoppelt sind zahlreiche weiterführende Informationen zu Geschichte und Gegenwart jüdischen Lebens in Wiesbaden.



Postkarte mit der Synagoge (StadtA WI PK 4186)

■ Jüdisches Leben und die Shoah – nicht gleichsetzen, sondern differenziert darstellen

Die 1869 eingeweihte Synagoge am Michelsberg in Wiesbaden wurde 1938 von der SA während der Novemberpogrome zerstört. An ihrem ehemaligen Standort erinnert heute die Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden an die Opfer der Shoah. Bereits 1998, zum 60. Jahrestag der Zerstörung, wurde in dem Projekt „memo38“ eine 3D-Rekonstruktion der alten Synagoge erstellt. „Gesher“ baut nun auf diesem Projekt auf.

Ziel von „Gesher“ ist es dabei, die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in Wiesbaden damals und heute mithilfe neuer Techniken zu erzählen. Das Verschwinden von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen hinterlässt eine Lücke, die niemals vollständig geschlossen werden kann. Sie kann durch andere Authentizitätsträger allerdings anders und neu angefüllt werden. Schrift-, Bild- und Tondokumente, aber auch Orte schaffen auf eine eigene Art Authentizität.

„Gesher“ präsentiert vor diesem Hintergrund auf der Projekthomepage ganz persönliche Zeitzeugnisse, ebenso wie Archivmaterial, Audio- und Videoauf-

nahmen. Indem „Gesher“ die Rekonstruktion der Synagoge mit der heute an ihrem ehemaligen Standort befindlichen Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden verknüpft, wird das die Geschichte des Ortes aufgreifende Konzept der Gedenkstätte unterstrichen, sodass ein informativer Mehrwert entsteht.

■ Augmented und Virtual Reality

Durch die Einbettung der Synagoge in die heutige Umgebung in einer Augmented Reality werden Größe und Umfang des Baus verdeutlicht. Eine Vermittlung dieser Perspektiven auf Grundlage historischer Bilder und Postkarten ist kaum möglich. „Gesher“ verdeutlicht hingegen, wie der ehemalige Standort der Synagoge nach 1945 aus dem kollektiven Gedächtnis verschwand. Der Bauplatz wurde zugunsten einer autofreundlichen Innenstadtbebauung mit einer Hochstraße überbaut. Heute führt die Coulinstraße mitten durch den ehemaligen Standort der Synagoge. Das heutige Erscheinungsbild des Ortes dokumentiert so auch den Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit den Verbrechen in der NS-Zeit.

Die 1869 fertiggestellte Synagoge war Sinnbild der Emanzipation des Judentums Ende des 19. Jahrhunderts in Nassau. Das große, maurische Gebäude war für die jüdische Gemeinschaft Ausdruck des Lösens aus jahrhundertelanger Unterdrückung und Diskriminierung. Im krassen Gegensatz dazu steht die Zerstörung der Synagoge 1938, die wie ein Symbol für die Vernichtung des jüdischen Lebens in Europa wirkt. Jüdisches Leben konnte 1946 in Wiesbaden durch die Neugründung einer Gemeinde wiederentstehen.

„Gesher“ will daher auch zeigen, dass jüdisches Leben nicht auf die Shoah reduziert werden darf. Sie war eine unvorstellbare Zäsur, die jüdisches Leben für immer verändert und Kulturgut unwiederbringlich zerstört hat. Sie bedeutete aber nicht das Ende des Judentums in Deutschland und Wiesbaden. Diesen Bruch berücksichtigt das Projekt, indem es vielfältige Bereiche jüdischen Lebens damals und heute betrachtet. So werden auf der Projekthomepage die Entwicklung des jüdischen Sportvereins „haKoah“ vor der Shoah und die Wiedergründung der jüdischen Sportbewegung durch Makkabi Deutschland erzählt. Zu finden sind außerdem Informationen zu den Themen Wohlfahrt, Vereinsleben und Religionsunterricht und zum jüdischen Jugendzentrum in Wiesbaden vor und nach der Shoah. Experten und Zeitzeugen berichten vom jüdischen Leben in Wiesbaden in den 1920er und 1930er Jahren sowie aus der jüdischen Gemeinschaft heute.



Detailaufnahmen der rekonstruierten Synagoge. © VierterRaum

■ Realität mit kleinen Details entstehen lassen

Zur Erstellung des 3D-Modells der alten Synagoge durch die Wiesbadener Agentur Werkgemeinschaft VierterRaum bedurfte es der Sichtung von Akten und einer Fülle historischen Bildmaterials wie beispielsweise Postkarten, um das Gebäude detailliert darzustellen.

Zeitintensiv war vor allem die Erstellung der Texturen. Jede Oberfläche benötigt eine charakteristische Textur, diejenige für die Kacheln an der Außenfassade der Synagoge war am aufwendigsten zu erstellen. Eine weitere Herausforderung stellte die Rekonstruktion der Kuppeln dar, da die Farbgebung unklar war. Einige nachkolorierte Aufnahmen zeigten sie in strahlendem Hellblau mit goldenen Sternen. Ausgehend von zeitgenössischen Beschreibungen, zum Beispiel in Kurprospekten aus den Jahren 1903 bis 1926 und Stadtführern, war schnell klar, dass die Sterne eine goldene Farbe trugen.



Textur, die die Kacheln des rekonstruierten Synagogenmodells bilden. © VierterRaum



Mit KI rekonstruierte Farbgebung des Synagogenbaus. © VierterRaum

Unklar blieb allerdings die Farbgebung der Kuppeldächer. Mithilfe einer künstlichen Intelligenz wurden Schwarz-Weiß-Fotografien analysiert, und im Modell wurde schließlich ein dunkles Blau verwendet. Es ist davon auszugehen, dass beim Bau eine Legierung genutzt wurde, die unter Umwelteinflüssen im Laufe der Zeit nachdunkelte. Je nach Lichteinfall wirkten die Kuppeln also dunkelblau bis grau.

Das Modell zeigt das Gebäude im Zustand um 1900. Zwischen 1910 und 1920 fanden verschiedene Umbauarbeiten statt. So kamen Zugänge an den Treppenaufgängen der Synagoge hinzu, und die Jüdische Gemeinde ergänzte unter anderem eine Kanzel im Innenraum, wie eine von vier erhaltenen fotografischen Aufnahmen zeigt. Außerdem wurde die Orgel vergrößert. Die Rechercheergebnisse zu verschiedenen Bauabschnitten sind auf der Projekthomepage festgehalten. Einbau von Orgel und Kanzel waren der Versuch der jüdischen Gemeinschaft, sich an die christlich geprägte Mehrheitsgesellschaft anzupassen. So soll die Gemeinde in den 1920er Jahren sogar überlegt haben, den Schabbat-Gottesdienst von Samstag auf den Sonntag zu verlegen.

■ Der virtuelle Blick ins Innere und virtuelle Ausstellung

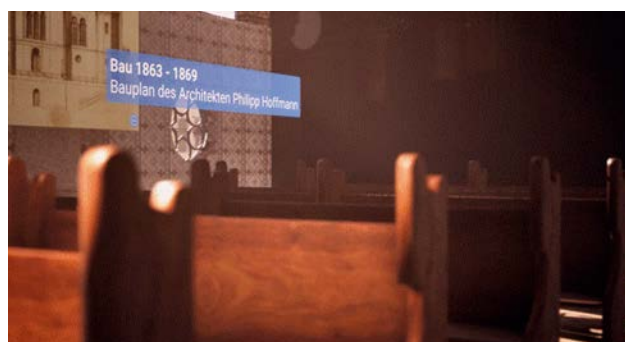
Trotz der wenigen erhaltenen fotografischen Aufnahmen umfasst das 3D-Modell nicht nur die Außen-, sondern auch die Innenansicht der Synagoge. Anhand der wenigen Fotografien ist eine 360-Grad-Ansicht entstanden, die sukzessive weiterentwickelt werden kann. Im Moment sind im Innenraum anhand historischer Aufnahmen Informationen über die Geschichte der Synagoge zu sehen.

Eine kleine virtuelle Ausstellung wird durch die Projekthomepage ergänzt und ermöglicht es Nutzerinnen und Nutzern, auch in der Virtual-Reality-Darstellung mehr über das Gebäude und die jüdische Gemeinschaft zu erfahren.

Um den Eindruck zu schaffen, dass sich Nutzerinnen und Nutzer nicht in einer Rekonstruktion, sondern tatsächlich am Schulberg im Wiesbaden um 1900 befinden, war es notwendig, der virtuellen Umwelt viele Details hinzuzufügen. So erlaubt es die Software, über den Controller Sonnenstand, Wetter, Jahres- und Uhrzeit zu ändern. Außerdem ist eine Rekonstruktion des Wiesbadener Michelsbergs bzw. der Straße Am Schulberg entstanden, um die Dimension der Synagoge an ihrem Standort zu verdeutlichen.

Um einen realen Eindruck zu erzeugen, müssen kleinste Details wie Spiegelungen in den Fenstern der

Innenansichten der Synagoge, manches Detail bleibt noch unklar. © VierterRaum



Synagoge und der gegenüberliegenden Häuserzeile sowie in Pfützen bedacht werden. Auch die Straßenbahnlinie, die vom Rathaus kommend an der Synagoge vorbei in die Emser Straße führte, wurde in der Rekonstruktion ergänzt. Fanden Gottesdienste statt, war die Synagoge von innen beleuchtet. Auch diese Details lassen sich in der dreidimensionalen Umgebung nacherleben.

■ Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden erläutert

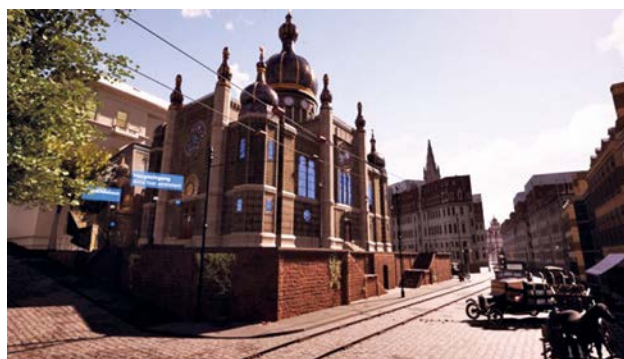
„Gesher“ stellt neben Informationen zu jüdischem Leben vor 1945 und heute auch Wissenswertes über die Entwicklung der Erinnerungskultur bzw. Gedenkarbeit in Wiesbaden zur Verfügung. So geht das Projekt auf ausgewählte Elemente des Gedenkstättenkonzeptes am Michelsberg ein. Mithilfe einer Luftaufnahme von der Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden wird in Kombination mit dem 3D-Modell der Synagoge nachvollziehbar gemacht, dass die Gedenkstätte den Grundriss der Synagoge umrahmt.

Durch diese Form der Darstellung wird ebenfalls deutlich, dass die heutige Coulinstraße mitten durch den ehemaligen Standort der Synagoge führt. Wie es dazu kam, dass der authentische Ort nach dem Zweiten Weltkrieg so stark verändert wurde, dass bis zur Übergabe der Gedenkstätte an die Wiesbadener Bürgerschaft 2011 kaum etwas an die während der Novemberpogrome zerstörte Synagoge erinnerte, ist auf der Projektthompage nachzulesen.

An der Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden führt ein QR-Code zum Projekt. Die Augmented Reality kann über das eigene mobile Endgerät direkt an der Gedenkstätte oder bequem zu Hause abgerufen werden. Die für die Virtual Reality notwendigen VR-Brillen stehen in der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden zur Verfügung. Sie können ergänzend zu einer Führung in der Wiesbadener Synagoge bereitgestellt werden.

Gefördert wurde „Gesher“ vom Verein „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“ durch das Bundesministerium des Innern, die Hessische Landeszentrale für politische Bildung und die Landeshauptstadt Wiesbaden. Das Festjahr 2021 wurde in der Landeshauptstadt Wiesbaden mit verschiedenen Veranstaltungen gewürdigt. Die Schirmherrschaft hatte Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende übernommen.

Im Rahmen des Festjahres setzten das Stadtarchiv Wiesbaden und die Jüdische Gemeinde Wiesbaden ein weiteres Projekt um. In der Ausstellung „Jüdisches Wiesbaden: Zwischen Neubeginn, Zuversicht und Tarbut – Zeit für jüdische Kultur“ erzählt die Jüdische Gemein-



Spiegelungen und Beleuchtung verstärken die Realitätsnähe der Rekonstruktion. © VierterRaum

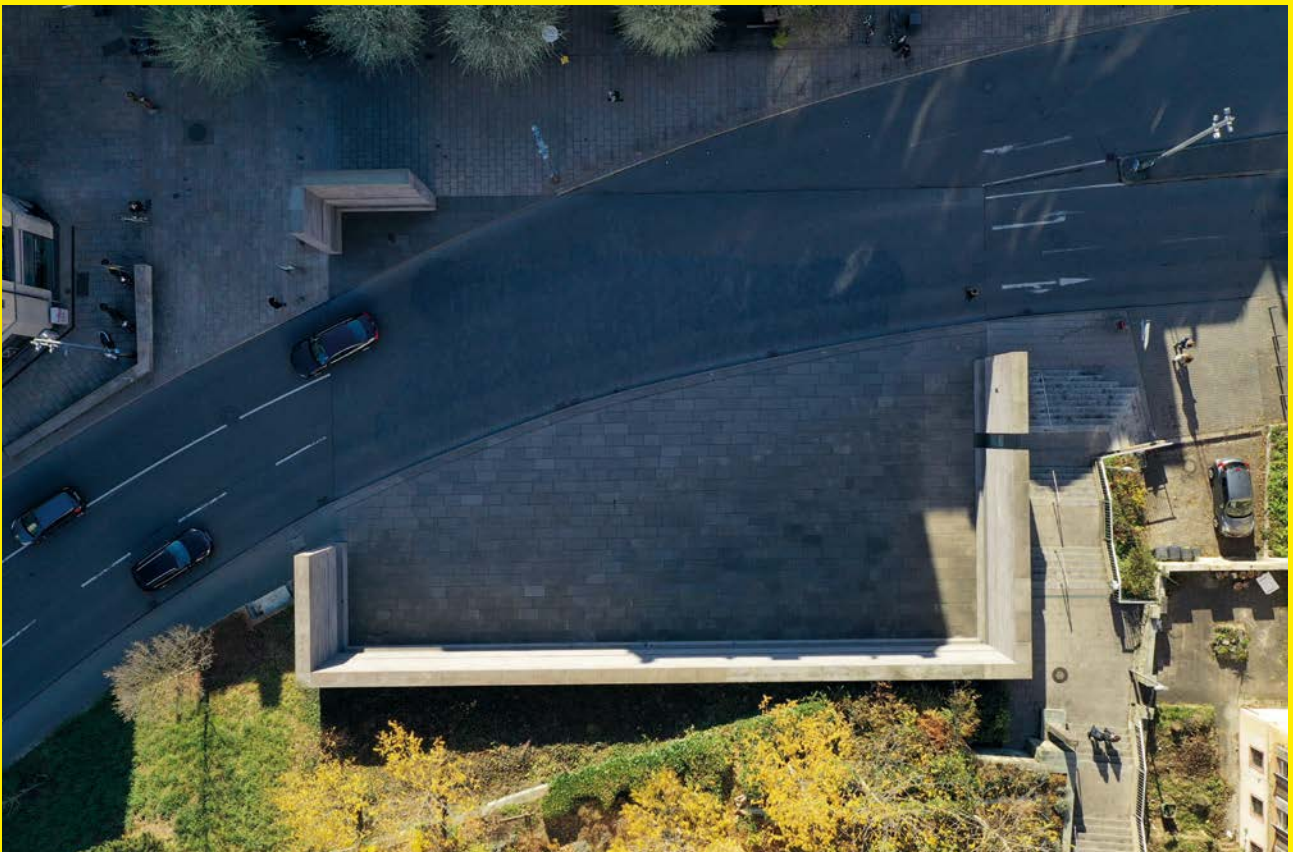
de Wiesbaden ihre Nachkriegsgeschichte. Die klassische Tafelausstellung wurde im Wiesbadener Rathausfoyer gezeigt und eröffnete 2021 die jährlich von der Jüdischen Gemeinde in Kooperation mit dem Kulturamt der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgeführte Veranstaltungsreihe „Tarbut – Zeit für jüdische Kultur“. Flankiert wird die Tafelausstellung durch eine Online-Präsentation.

Bereits seit 2020 arbeiten Stadtarchiv und Jüdische Gemeinde gemeinsam an verschiedenen digitalen Projekten. Durch die Covid-19-Pandemie wurden die geplanten Konzepte kurzerhand ins Digitale überführt. So sind mittlerweile fünf Projekte entstanden, die auf der Projektthompage der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden unter [juedische-geschichte-wiesbaden.de](https://www.juedische-geschichte-wiesbaden.de) präsentiert werden. Hinzu kommen Projekte Dritter, die unter Beteiligung der Jüdischen Gemeinde und des Stadtarchivs entstanden sind.

Das Stadtarchiv Wiesbaden und die Jüdische Gemeinde Wiesbaden arbeiten insbesondere im Bereich Gedenken eng zusammen. Die Jüdische Gemeinde ist verlässlicher Partner, mit dem innovative Konzepte entwickelt werden und neue Impulse entstehen.

Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.gesher.de>.

Dr. Katherine Lukat, Stadtarchiv Wiesbaden



Grundriss der Synagoge und heutige Gedenkstätte. © VierterRaum

Namen und Schicksale der Juden Kassels 1933 – 1945


Ein Gedenk- und Forschungsprojekt des Stadtarchivs Kassel

Für die im Nationalsozialismus verfolgten jüdischen Bürger:innen der Stadt Kassel wurde bereits 1986 ein Gedenkbuch herausgegeben. Aufgrund neuer Forschungserkenntnisse und der verbesserten Zugänglichkeit zu Quellenmaterial beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel auf Anregung von außen im November 2017 die Überarbeitung des Werks und beauftragte das Stadtarchiv Kassel mit der Durchführung.

Auszug aus dem Album der Verhafteten Kasseler

1. Transport, Dezember 1941, Riga

Abt	Benjamin	7.5.77.	Grüner Weg 19
Abraham	Max	6.7.04.	Königstr. 77
Abraham	Emma		
Abraham	Salomon	14.8.91.	Wartekuppe
	Janette		
	Herta		
Adler	Rebekka	5.7.96.	Mittelgasse 53
	Edith		
	Paula		
	Adele		
	Siegbert		
Adler	Rosa	24.12.04,	Tränkeforte 1/2
	Dieter		



Wie im gesamten Deutschen Reich begann 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten auch in der Stadt Kassel die Entrechtung, Ausgrenzung, Terrorisierung und Verfolgung von jüdischen und von den Nationalsozialisten als jüdisch gelesenen Menschen. Wer diese Menschen waren und wie sich die nationalsozialistische Verfolgung in die Vita dieser Menschen einschrieb, erarbeiteten Beate Kleinert und Wolfgang Prinz in einem 1986 vom Magistrat und vom Archiv der Stadt Kassel herausgegebenen Gedenkbuch mit dem Titel „Namen und Schicksale der Juden Kassels 1933 – 1945“.

Dieses Gedenkbuch umfasst eine namentliche Auflistung von 3.402 jüdischen Bürger:innen Kassels und 1.002 biographische Skizzen zu Personen, die das na-

Auszug aus den Listen der am 9. Dezember 1941 von Kassel in das Ghetto Riga deportierten Jüdinnen und Juden (StadtA KS, S3, 351)

tionalsozialistische Regime und seinen Terror gegen jüdische und von den Nationalsozialisten als jüdisch gelesene Personen nicht überlebten. Dabei wurden jene Personen in der Publikation erfasst, die in Verbindung mit dem 30. Januar 1933 oder nach dem 30. Januar 1933 für mindestens ein Jahr ohne Unterbrechung in Kassel gemeldet waren und dem jüdischen Glauben angehörten oder von den Nationalsozialisten als jüdisch gelesene wurden und dem Holocaust zum Opfer fielen. In das Gedenkbuch aufgenommen wurden außerdem jüdische oder von den Nationalsozialisten als jüdisch gelesene Kinder, die in Kassel geboren

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Stocwert	Tag des Zugugs	Familiennamen (bei Frauen und Wittwen auch Familiennamen vor der Verheiratung)	Vorname (Rufname)	Stand oder Gewerbe	Geburts- tag Monat Jahr	Geburtsort und Kreis	Staats- ange- hörig- keit	Reli- gion, auch Kon- fess- ion	Famili- stand (z.B. verheir- tet, ver- witwet, ges. leben)	Militär- ver- hältnis	Frühere Wohnung	Tag des Ab- zugs, des Todes	Neue Wohnung (Wohnort)
X	26/41	Simmfons	Simmfons	v. L.	23. 2.	Juliusburg von Fritzlar	F.R.	l.			Simmfonsstr. 46	7/3 41	Fritzlar
	2/9 41	Goldmann	Wangemann	Lehrer	20. 4.	Fritzlar	"	"			Fritzlar Lichtenbergstr. 41	14/9 41	Fritzlar Lichtenbergfeld
	3/10 41	Fornberg	Fornberg	v. L.	10. 6.	Fels- berg DR.	"	"			Fritzlar Str. 9	7/9 42	abg. = mündl.
	"	Linsenstein	Linsenstein	v. L.	13. 3.	Fels- berg DR.	"	"			"	7/9 42	abg. = mündl.
	14/10 41	Brückner	Brückner	"	13. 5.	Wetzfeld	"	"			Fritzlar Str. 7	7/9 42	abg. = mündl.
	15/10 41	Openerheim	Openerheim	"	7. 2.	Warmuth sachsen	"	"			Fritzlar Str. 65	13/9 42	+
	23/10 41	Spangenthal	Spangenthal	"	1. 12.	Wetz- hausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 10	7/9 42	abg. = mündl.
	27/11 41	Strobenbach	Strobenbach	"	8. 2.	Wetz- hausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 18	7/9 42	abg. = mündl.
	9/12 41	Goldmann	Goldmann	"	29. 1.	Adorf	"	"			Fritzlar Str. 4	7/9 42	abg. = mündl.
	4/12 41	Stamerstein	Stamerstein	"	11. 10.	Wetzhausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 12	7/9 42	abg. = mündl.
	18/12 41	Waldach	Waldach	"	5. 8.	Wetzhausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 12	15/8 42	+
	19/12 41	Lorenzstein	Lorenzstein	"	29. 5.	Wetzhausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 13	1/4 42	+
	16/12 41	Wirsching	Wirsching	"	23. 12.	Wetzhausen	"	"			Fritzlar Str. 7	7/9 42	abg. = mündl.
	9/1 42	Thackerach	Thackerach	"	12. 8.	Fritzlar	"	"			Fritzlar	2.2. 42	abg. = mündl.
	29/1 42	Dr. Daniel	Dr. Daniel	"	26. 2.	Wetzhausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 13	9/4 42	+
	"	Spier	Spier	"	20. 10.	Wetzhausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 13	2.2. 42	abg. = mündl.
	"	Katzenstein	Katzenstein	"	10. 4.	Wetzhausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 13	7/9 42	abg. = mündl.
	"	Plaut	Plaut	"	27. 3.	Wetzhausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 13	7/9 42	abg. = mündl.
	"	Gumpert	Gumpert	"	12. 11.	Wetzhausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 58	7/9 42	abg. = mündl.
	"	Thackerach	Thackerach	"	30. 4.	Wetzhausen	"	"			Wetzhausen Fritzlarstr. 58	7/9 42	abg. = mündl.



Kennkarte von Blümchen Lilienfeld (StadtA KS, A 3.33., 5, Blümchen Lilienfeld)

wurden und deportiert wurden, bevor sie ein Jahr alt waren. Das Gedenkbuch gliedert sich in zwei Hauptteile: Der erste Hauptteil umfasst eine zweiteilige Auflistung der Namen, Berufe und Wohnorte der Kasseler Bürger:innen, die am Stichtag 30. Januar 1933 oder bei späterem Zuzug oder späterer Geburt dem jüdischen Glauben angehörig waren; der zweite Hauptteil besteht aus einer zweiteiligen Sammlung von Kurzbiographien zu Personen, die den Holocaust als jüdische oder als von den Nationalsozialisten jüdisch gelesene Personen nicht überlebten oder zum Zeitpunkt der Erstellung des Gedenkbuchs als verschollen galten.

■ Ein neues Gedenk- und Forschungsprojekt

Knapp 30 Jahre nach der Veröffentlichung des Gedenkbuchs beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel nach Anregung aus der Stadtgesellschaft am 6. November 2017 die Überarbeitung dieses Werks. Da die Forschung seit den 1980er Jahren weitere Erkenntnisse vorgebracht und sich die Zugänglichkeit von Quellenmaterial deutlich verbessert hat, soll die Möglichkeit genutzt werden, die vorliegenden Daten einer wissenschaftlichen Überprüfung und ge-

gebenenfalls Korrektur und Ergänzung zu unterziehen. Außerdem müssen in der Publikation fehlende Personen ergänzt und können neue Erkenntnisse zur Diskriminierung, Entrechtung und Verfolgung der jüdischen und von den Nationalsozialisten als jüdisch gelesenen Bürger:innen Kassels zusammengetragen werden.

Im Stadtarchiv Kassel wurden die Fäden der Arbeiten aus den 1980er Jahren wieder aufgenommen, und die Arbeit an dem reaktivierten Gedenk- und Forschungsprojekt wurde begonnen. Die Überarbeitung des Gedenkbuchs folgt dabei drei Hauptschritten: erstens der Erstellung eines Konzeptes, zweitens der Überführung der ausschließlich in analoger Form vorliegenden Daten aus dem Gedenkbuch in eine übersichtlich strukturierte digitale Datenbank und drittens der Überprüfung sowie gegebenenfalls Aktualisierung, Ergänzung und Korrektur der vorliegenden Daten anhand der im Zuge der Neukonzeptionierung festgelegten Rahmenbedingungen. Die ersten beiden Hauptschritte der Überarbeitung wurden von den ehemaligen Projektmitarbeiterinnen Karolin Kruse, Antje Goebel und Nicole Tödtli bereits erfolgreich abgeschlossen, derzeit liegt der Schwerpunkt der Arbeit in der umfassenden Überprüfung der vorliegenden Daten anhand des Rückgriffs auf verschiedene Quellen.

■ Quellengrundlage des Projektes

Um in der Recherche- und Quellenarbeit eine zweifelsfreie Identifikation der zu überprüfenden Personen zu gewährleisten und im Zuge dessen ihre Schicksale möglichst eindeutig nachzeichnen zu können, müssen zunächst die Geburtsdaten, -orte und -namen aller im Gedenkbuch aufgeführten Personen nacherhoben werden, wofür auf die hausinterne Infrastruktur des Stadtarchivs zurückgegriffen wird. So können Informationen zu Grunddaten wie beispielsweise den Geburtsdaten, -orten und -namen, Sterbedaten in Kassel, Adressen in Kassel und möglichen Verzügen ins In- und Ausland zum Großteil aus den vor Ort vorliegenden Hausstandsbüchern (Bestand A 3.32 HB) rekonstruiert werden. Die ab 1908 in Kassel geführten Hausstandsbücher sind Auflistungen der Bewohner:innen eines Hauses mit der Verzeichnung ihrer Namen, der Zu- und Abzugsdaten sowie Informationen zu Religion, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Beruf. Aus den Einträgen des in diesem Beitrag abgebildeten Blattes wird außerdem ersichtlich, dass der Großteil der aufgeführten Personen am 7. September 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert worden ist („abgewandert“). Das gezeigte Blatt stammt aus dem Hausstandsbuch der Mombachstraße 17, in welcher sich ein Israelitisches Altersheim befand. Das Israelitische Altersheim wurde im Zuge der Judenverfolgung zu einem sogenannten Judenhause umfunktioniert, in dem jüdische und von den Nationalsozialisten als jüdisch gelesene Personen konzentriert und von dort aus in die Konzentrations- und Vernichtungslager im Osten deportiert wurden.

Karteien wie die Einwohnermeldekartei (Bestand A 3.33 Nr. 1, Nr. 2), die Karteikarten aus der Volkskartei und Kennkarten der jüdischen Einwohner:innen Kassels (Bestand A 3.33 Nr. 5) können das Bild vervollständigen. Beispielhaft wird hier die Kennkarte von Blümchen Lilienfeld abgebildet. Durch das NS-Regime wurde 1938 eine Kennkartenpflicht für jüdische und von den Nationalsozialisten als jüdisch gelesene Personen eingeführt. Die Kennkarten wurden mit einem fünf Zentimeter großen „J“ versehen und führen unter anderem Grunddaten, Kennort/-nummer und die Abdrücke der Zeigefinger auf. Dem Vornamen wurde der ab 1939 verpflichtende Zwangsvorname Sara bzw. Israel hinzugefügt. Ein Duplikat des Dokuments wurde bei der Behörde hinterlegt. Die Fotografien wurden im Zuge der Erstellung der Kennkarten unter Zwang aufgenommen. Dies sind die einzigen Dokumente im Stadtarchiv Kassel, auf denen Porträtaufnahmen von jüdischen Bürger:innen zu finden sind.

Weitere Quellen bilden die Meldekartei der Ausländerstelle Altmarkt (Bestand A 3.33 Nr. 3), das Standes-

amtsregister (Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden in Bestand A 3.35.1) und eine EDV-Liste, die im Zuge der Erstellung des Gedenkbuchs als Abschrift und Zusammenstellung der Hausstandsbücher mit Schwerpunkt auf die jüdische Bevölkerung Kassels in den 1980er Jahren angefertigt wurde (Bestand S 17 Nr. 48 und 49).

Informationen zu den Lebenswegen, zur Verfolgung durch das nationalsozialistische System und zu den Schicksalen der zu überprüfenden Personen finden sich zudem im hauseigenen Bestand an Wiedergutmachungsakten (Bestand A 2.23 Nr. 106 – 113; Bestand A 3.30 Nr. 199 – 202; Bestand A 5.55). Diese Unterlagen enthalten Anträge auf Entschädigung und Wiedergutmachung von Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen verfolgt wurden. Teilweise liegen diesen Anträgen Anlagen bei, die mitunter Originaldokumente oder Abschriften von Dokumenten aus der Zeit des Nationalsozialismus und/oder Selbstzeugnisse wie Lebensläufe und Schadenslisten enthalten.

Daneben liegt im Stadtarchiv eine Sammlung zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Kassel, welche aus verschiedenen Projekten und Forschungsarbeiten hervorging (Bestand S 17). Allem voran sind dies Unterlagen, die im Kontext der Herausgabe des oben bezeichneten Gedenkbuchs entstanden sind. Besonders bedeutsam für den Forschungsprozess sind hier jene Archivalien, die aus der Kommunikation zu Anfragen über den Verbleib von rund 500 Kasseler Jüd:innen, deren Schicksal sich bis zur Herausgabe des Gedenkbuchs 1986 nicht eindeutig klären ließ, an verschiedene in- und ausländische Stadtverwaltungen bestehen. Auch finden sich in diesem Bestand Rückmeldungen, Ergänzungsvorschläge und Korrekturanregungen von Leser:innen des Gedenkbuchs, welche im Zuge der Überarbeitung geprüft werden müssen.

Zur Klärung der Geschichte und der Schicksale der jüdischen und von den Nationalsozialisten als jüdisch gelesenen Kasseler Bevölkerung ist das Stadtarchiv Kassel außer auf den Rückgriff auf die hauseigenen Archivbestände auch auf die Kooperation mit externen Institutionen angewiesen, um Zugriff auf weiteres Quellenmaterial zu erlangen. Federführend ist hier die Zusammenarbeit mit den Arolsen Archives, welche dem Stadtarchiv Kassel für die Recherche aus der Ferne einen Remote Access auf ihre interne Datenbank zur Verfügung stellen und aufgrund ihres einzigartigen Archivbestandes zu den Opfern und Verfolgten des Nationalsozialismus eine der wichtigsten Anlaufstellen zur Ergänzung und Korrektur der vorliegenden Daten



darstellen. Des Weiteren ist neben der Archivarbeit der Austausch mit Betroffenen, Kolleg:innen und der interessierten Öffentlichkeit essenziell, um weitere Informationen offenlegen und ihnen nachgehen zu können.

■ **Ausblick**

Das Gedenk- und Forschungsprojekt soll an die durch das nationalsozialistische Regime verfolgten und ermordeten jüdischen und als jüdisch gelesenen Kasseler Bürger:innen erinnern und ihre Schicksale erzählen. Zugleich ist es als Appell für ein respektvolles, tolerantes und demokratisches Zusammenleben und Miteinander zu verstehen. Auch in unserer heutigen Gesellschaft sind Ausgrenzung, Hass, Rassismus und Antisemitismus präsent. Die rassistisch-nationalistisch motivierten Morde an Halit Yozgat und Walter Lübcke geben hier von ein beredtes Zeugnis.

Damit die Daten des überarbeiteten Gedenkbuchs weltweit und niedrigschwellig zugänglich sind, forciert das Stadtarchiv Kassel derzeit ein Folgeprojekt, um die Veröffentlichung in Form einer interaktiven, mehrsprachigen Online-Datenbank zu ermöglichen. In diesem Projekt sollen Suchmasken die Recherche nach Personen, Personenmerkmalen und Schlagworten erlauben, Features wie beispielsweise mit den Informationen aus der Datenbank verknüpftes Kartenmaterial neue Blicke auf die Verfolgungsgeschichte der jüdischen und von

Kassel, Große Rosenstraße: Personen betrachten die Zerstörungen und Verwüstungen am jüdischen Gemeindehaus, die im Zuge des Novemberpogroms am 7. November in Kassel entstanden (StadtA KS, 0.552.324, Carl Eberth)

den Nationalsozialisten als jüdisch gelesenen Kasseler Bürger:innen ermöglichen, ausgewählte Fotografien den Schicksalen der Verfolgten ein Gesicht geben und Kontextinformationen bei der Einordnung der Informationen behilflich sein.

Denkbar und begrüßenswert wäre es, an diese dringend notwendige Basisarbeit weitere Forschungen anzuschließen mit dem Ziel, die sozialen Verflechtungen und Beziehungen zwischen den Einzelpersonen sichtbar machen zu können. So wären die Erhebung, Einarbeitung und Verknüpfung der Familienverhältnisse (Eltern, Geschwister, Ehepartner:innen, Kinder) der in der Datenbank befindlichen Personen sehr vielversprechend. Neben diesem Vorhaben wäre des Weiteren eine differenziertere Darstellung der Einzelschicksale wichtig, sodass auch dem Schicksal und Lebensweg jener Personen nachgegangen werden könnte, die nicht im Zuge des Holocaust ermordet wurden, sondern den Terror, die Inhaftierungen, Deportationen und Konzentrationslager überlebten und/oder emigrierten.

Anika Manschwetus M.A., Stadtarchiv Kassel

■ Informieren, Kontextualisieren, Erinnern

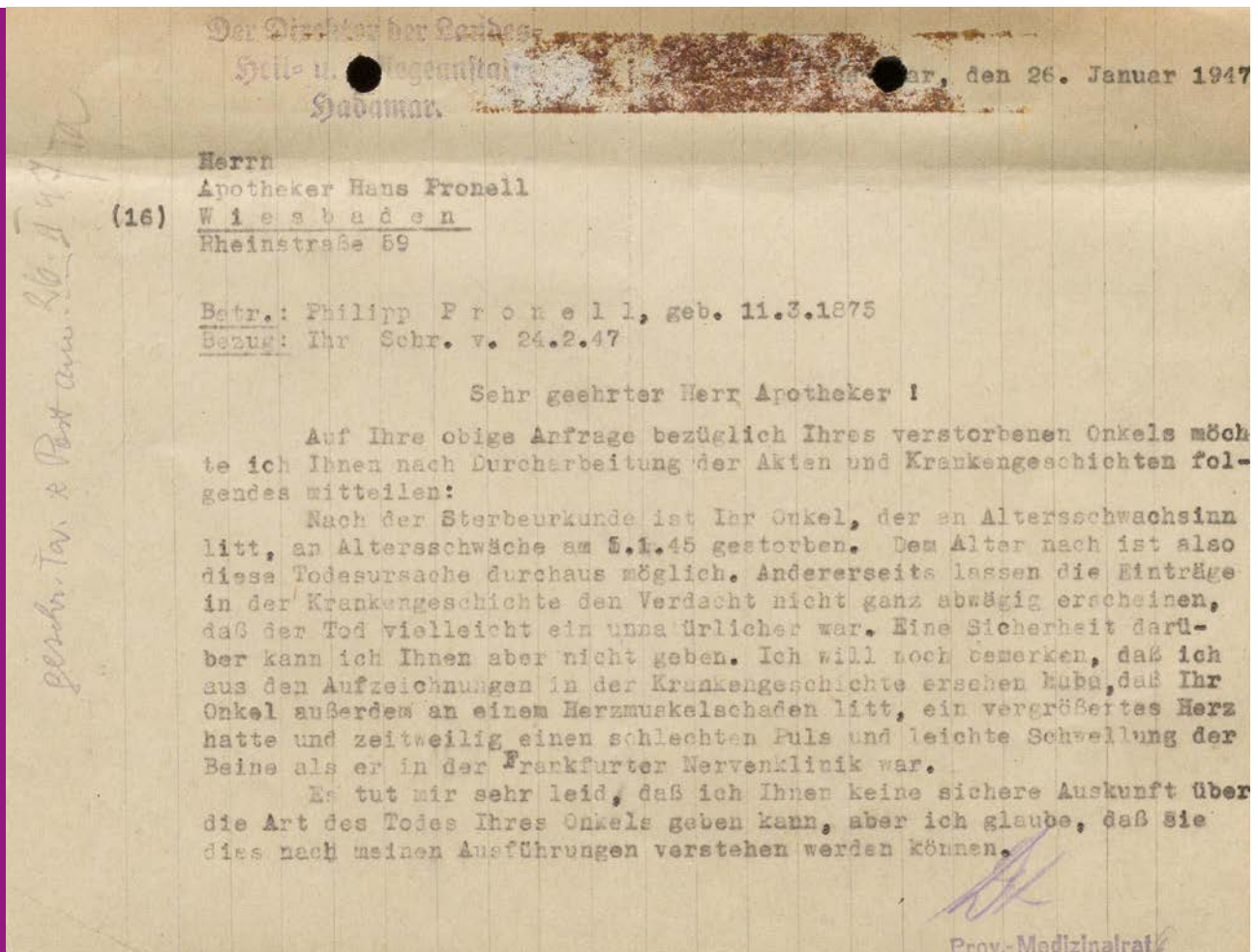
Die Anfragenbearbeitung der Gedenkstätte Hadamar

Die Gedenkstätte Hadamar erinnert am historischen Ort der ehemaligen Tötungsanstalt an die dort zwischen 1941 und 1945 im Rahmen der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen verfolgten und ermordeten fast 15.000 Menschen. Neben dem Gedenken und der historisch-politischen sowie außerschulischen Bildung gehört das historische Informieren zu den Grundbestandteilen der Erinnerungsarbeit in Hadamar, die in der Regel meist im Hintergrund geschieht.

Die Gedenkstätte Hadamar ist die zentrale Anlaufstelle für Angehörige, die auf der Suche nach weiteren Informationen zu ihren Verwandten sind, die im Rahmen der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen ermordet wurden und zu denen sie heute teils nur wenig wissen. Anhand ihrer familiengeschichtlichen An-

fragen soll im Folgenden die Anfragenbearbeitung der Gedenkstätte Hadamar sowie deren Bedeutung für die Erinnerungsarbeit beispielhaft vorgestellt werden.

Schreiben der Landesheil- und Pflegeanstalt Hadamar an H. Pronell vom 26. Februar 1947 (LWV-Archiv, Best. 12, K 1389)



717961753



LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN

Psychiatrisches Krankenhaus Hadamar

An den Internationalen Suchdienst

3548 Arolsen
Landkreis Waldeck

Unser Zeichen: V/K
(In Antwortschreiben bitte angeben)

6253 Hadamar, den 20. Februar 1969
Kreis Limburg (Lehn)

Betr.: Valentina K r i w z o w a , geb. am 27.3.1926 in Krasnodar/UdSSR!
Bezug: Dortiges Schreiben vom 18.2.1969, Aktz.: Me/N/Ro.

Aus dem hier vorhan^{de}nen Alphabetischen-Verzeichnis von 1944 ist ersichtlich, daß die Obengenannte am 26.6.1944 verlegt wurde. Wohin die Verlegung erfolgte, ist nicht bekannt. Es befinden sich weder die Personalakte noch Krankengeschichte der K. bei dem hiesigen Krankenhaus. Es lässt sich auch nicht feststellen, an welche Stelle diese Unterlagen weitergereicht wurden.

Hochachtungsvoll!

[Handwritten Signature]
(Dr. Groneberg)
Landesobermedizinaldirektor.

E: 24. FEB. 1969	
Inhalt	Todeserkl.
<i>A</i>	Steuerk
Dok.-Ausz.	Suchanw.
Krankensp.	Folckap.
Beschäft.-Nachweis	Spezial-Antrags
DP-Dok.-Auszug	

Schreiben des Psychiatrischen Krankenhauses Hadamar an den Internationalen Suchdienst vom 20. Februar 1969, Korrespondenzakte für Valentina Kriwzowa (Arolsen Archives, 6.3.3.1/109085343)

Einleitend wirft der Beitrag aber zunächst einen Blick zurück. Denn Anfragen zu Angehörigen und deren Verbleib gibt es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Seit dieser Zeit haben sich Familien und Angehörige erkundigt, was mit ihren Verwandten in Hadamar geschah. Jedoch erst seit 1987 werden die Anfragen von Angehörigen fachkundig durch den Landeswohlfahrtsverband (LWV) sowie die Gedenkstätte Hadamar bearbeitet. Davor erreichten die Auskunftsersuchen die Anstalts- bzw. Klinikleitung, über deren Antwortverhalten bislang kaum etwas bekannt ist. Diese lange Phase soll zu Beginn an zwei Beispielauskünften beleuchtet werden, unter anderem auch deswegen, weil sie ansatzweise aufzeigt, welche Bedeutung der erinnerungskulturelle Wandel der 1980er Jahre – hier in Form der Gründungen des LWV-Archivs und der Gedenkstätte Hadamar – hatte bzw. welche Lücke durch beide Einrichtungen überhaupt gefüllt worden ist.

■ „Altersschwachsinn durchaus möglich“: frühe Auskunftserteilung 1947

Nach 1945 wurden die nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen in Hadamar durch zwei Gerichtsverfahren, zunächst vor einem US-amerikanischen Militärgericht (1945) und schließlich vor dem Landgericht Frankfurt (1947), öffentlich gemacht, gleichwohl deren Wirkung nur begrenzt war. Die Landesheilanstalt Hadamar nahm 1945 den psychiatrischen Betrieb wieder auf und ging in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur punktuell auf die Verbrechen ein. Das erste Auskunftsbeispiel stammt aus dem Jahr 1947 und betrifft das Verfolgungsschicksal von Philipp Pronell.

Philipp Pronell verlor infolge der Bombardierung von Frankfurt seine Wohnung. Im Juli 1944 wurde er ohne Obdach – so die Patientenakte – „desorientiert“ aufgegriffen und polizeilich in die Obdachlosenfürsorge überführt. Im Zuge dessen wurde Philipp Pronell im Alter von 69 Jahren entmündigt. Über das Städtische Krankenhaus in Frankfurt am Main gelangte er im September 1944 in die Landesheilanstalt Weilmünster. Nur wenige Wochen später wurde sein Abtransport in die Tötungsanstalt Hadamar veranlasst, deren Patientinnen und Patienten im Rahmen der „dezentralen Euthanasie“ durch überdosierte Medikamente, Mangelernährung und Vernachlässigung systematisch ermordet wurden. Dort verstarb er am 5. Januar 1945 vorgeblich an „Altersschwäche“.

Am 24. Februar 1947 wandte sich sein Neffe an die Landesheilanstalt Hadamar und bat darum, Näheres über die tatsächlichen Todesumstände seines Onkels zu erfahren. Der damalige Anstaltsdirektor, William Altvater, schrieb zurück, Pronell sei laut Sterbeurkunde an „Altersschwachsinn“ gestorben. Angesichts des Alters

sei dies zum einen „durchaus möglich“, zum anderen „lassen die Einträge in der Krankengeschichte den Verdacht nicht ganz abwägend erscheinen, dass der Tod vielleicht ein unnatürlicher war“.

An demselben Tag, als der Neffe von Philipp Pronell seinen Brief an die Landesheilanstalt versandte, begann vor dem Landgericht Frankfurt der zweite Prozess gegen das Personal der Tötungsanstalt Hadamar. Über die „Euthanasie“-Morde in Hadamar wurde in der Presse berichtet. Die Anstaltsleitung – hier William Altvater – blieb dagegen in ihrer Antwort betont vage und gab nur die rudimentärsten Informationen wieder. Hadamar als Tötungsanstalt blieb gänzlich unerwähnt – eine Antwort von unverfänglicher Unbestimmtheit.

■ „Unterlagen sind hier nicht mehr vorhanden“: Auskunftserteilung in den 1960er Jahren

1967 richtete Xenia Kriwzowa eine Suchanfrage nach ihrer Tochter Valentina an das Rote Kreuz in Moskau. Ihre Anfrage gelangte zum Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen, der damals vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes geleitet wurde und für die internationalen Suchanfragen zu den Verfolgten des Nationalsozialismus zuständig war. Die Suchanfrage löste schließlich eine umfangreiche Recherche zu Kriwzowas Tochter in Hessen aus.

Valentina Kriwzowa wurde im Januar 1943 als sogenannte Ostarbeiterin nach Deutschland deportiert. Mit gerade einmal 17 Jahren wurde sie zur Zwangsarbeit bei den Buderus Eisenwerken Ludwigshütte in Biedenkopf eingesetzt, einem Rüstungsbetrieb mit schwerer Akkordarbeit. Im Oktober 1943 erkrankte sie psychisch. Als nicht mehr „arbeitseinsatzfähig“ wurde sie schließlich in die Landesheilanstalt Marburg eingewiesen und im Juni 1944 in die Tötungsanstalt Hadamar verlegt. Kurze Zeit später wurde sie nach „unbekannt“ abtransportiert. Ihr weiteres Schicksal ist nicht zweifelsfrei geklärt.

Dem Internationalen Suchdienst lagen damals die Gemeindemeldungen zum Aufenthalt von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Deutschland vor – so auch die Meldung zu Valentina Kriwzowa aus dem Landkreis Biedenkopf und ihrer Überführung in eine Landesheilanstalt. Daraufhin entspann sich eine umfangreiche Korrespondenz zum Verbleib von Valentina unter anderem zwischen dem Internationalen Suchdienst und den Psychiatrischen Krankenhäusern Marburg und Hadamar.

Das Psychiatrische Krankenhaus Marburg meldete lediglich den Aufenthalt von Valentina „in stationärer Behandlung“ und ihre Verlegung in die „Anstalt Hadamar“. Die erhalten gebliebene Patientenakte erwähnte



Die Sach- und Krankenakten der ehem. Landesheilanstalt Hadamar in einem Kellerraum, ca. 1983. Foto: Dieter Fluck

es hingegen nicht: „Unterlagen sind hier nicht mehr vorhanden.“ Die Auskunft aus dem Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar beschränkt sich gänzlich auf die reine Paraphrase des Verlegedatums nach unbekannt. Weitere Informationen lägen auch hier nicht vor. Der Internationale Suchdienst wiederum sandte die gebündelten Rechercheinformationen zu Valentina Kriwzowa zurück an die Rot-Kreuz-Gesellschaft Moskau und so auch zu ihrer Mutter – zusammen mit dem Hinweis, dass die Anstalt Hadamar eine Tötungsanstalt im Rahmen des „Euthanasie“-Programms war.

Welche Nachwirkungen dieses Antwortverhalten hatte, lässt sich nur erahnen. Weitere Forschungen wären nötig. Die reine Wiedergabe der Akteninformationen ohne erklärenden Kontext zu den Verbrechen der „Euthanasie“ war aber durchaus typisch für die Antworten der Krankenhausverwaltungen, wie ich an den Beispielen zeigen wollte. Sie stehen geradezu symptomatisch für das lange währende Vergessen und Verdrängen der „Euthanasie“-Verbrechen und ihrer Opfer.

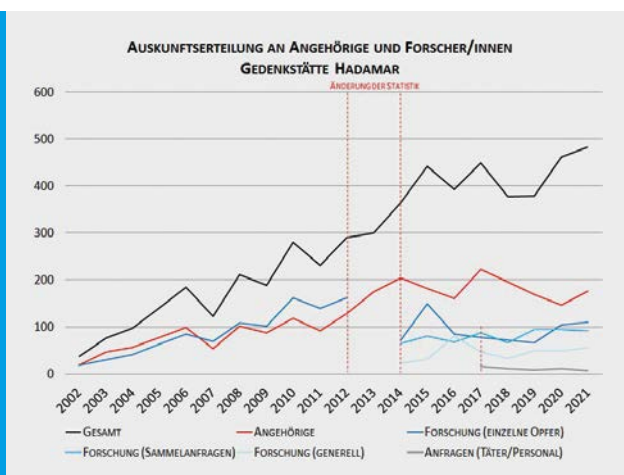
Mit der beginnenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen zu Beginn der 1980er Jahre änderte sich diese Situation. 1983 wurde in Hadamar die erste Ausstellung

zur Geschichte der „Euthanasie“ im Keller der ehemaligen Tötungsanstalt eröffnet, und die historischen Räume wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auch die erhalten gebliebenen Akten der Verfolgten und Ermordeten wurden gesichert. Sie hatten die Zeit in einem als Aktenlager genutzten Kellerraum überstanden.

■ Professionalisierung und Anfragenanstieg nach 1987

Seit Ende der 1980er Jahre wurden die Anfragen zu den Ermordeten der „Euthanasie“ in Hadamar fachkundig bearbeitet. Über die Jahre hinweg etablierte sich dabei eine bewährte Praxis der Anfragenbearbeitung einerseits von Anfragen von Angehörigen, andererseits zunehmend auch von Forscherinnen und Forschern. Diese Entwicklung lässt sich nicht in Gänze abbilden. Dennoch zeigt die Graphik überblicksartig die Kennzahlen der Anfragenbearbeitung.

Die Verlaufskurven erfassen die Ein- und Ausgänge der Anfragenbearbeitung seit dem Jahr 2002. Sie bilden damit einen Gesamtzeitraum von nunmehr zwanzig Jahren ab. Die obere Kurve fasst die Gesamtanzahl der Anfragen zusammen. Die blaue Kurve stellt die Forschungsanfragen dar, während die rote Kurve für die Anfragen der Angehörigen steht. Die Änderung der statistischen Erfassung ist ebenso dargestellt. Ab 2014 wurden die forschungsbezogenen Anfragen Daten feingliedriger erfasst.



■ Anfragenstatistik seit 2002

Wie die Statistik zeigt, stieg die Anfragenanzahl kontinuierlich an, und dies gleichmäßig verteilt auf Forscherinnen und Forscher sowie Angehörige. Dennoch unterliegt sie Schwankungen. Einen Höchststand von über 200 Angehörigenanfragen wurde im Jahr 2017 erreicht. Ein Umstand, der hierzu beitrug, war, dass die Tötungsanstalt Hadamar unter anderem in der zentralen Gedenkveranstaltung des Bundestags zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar genannt wurde. In den Folgejahren fiel die Zahl der Anfragen leicht ab, bis hin zu einem stärkeren Abklingen im Jahr 2020 während des Pandemieausbruchs. Die neuesten Daten, die zum Jahr 2021 vorliegen, verzeichnen wiederum einen Anstieg der Anfragen.

■ Kontextualisierung und persönliche Betreuung

Doch welche Rechercheangebote und Kontaktmöglichkeiten bietet die Gedenkstätte Hadamar heute? Das Hauptanliegen der Anfragenbearbeitung ist die Zurverfügungstellung aller bekannten Informationen zur angefragten Person. Die Informationsbereitstellung bedarf dabei immer der Kontextualisierung. Denn die Todesumstände und Sterbedaten wurden von den Täterinnen und Tätern teils bewusst fingiert, um die Verbrechen der NS-„Euthanasie“ geheim zu halten und zu verschleiern. All diese vorgetäuschten Daten gilt es historisch korrekt einzubetten und entsprechend zu korrigieren. Das heißt, die Sterbedaten der Ermordeten sowie Hintergründe und tatsächliche Todesumstände werden ausführlich in den Auskünften genannt.

Die Zurverfügungstellung von Informationen schließt alle bekannten Opfer der Tötungsanstalt Hadamar ein. Das heißt, es wird ebenso auf Quellen und Akten hingewiesen, zu denen keine Patientenakte im LWV-Archiv überliefert ist. Um all diese Informationen zu systematisieren, pflegt die Gedenkstätte Hadamar seit 2005 eine personenbezogene Recherchedaten-

bank, die stetig erweitert wird – unter anderem durch Informationen, die die Gedenkstätte wiederum im Kontakt mit den Angehörigen und Familien erhält.

Die Gedenkstätte bietet zudem immer ein persönliches Gespräch und den Besuch des historischen Ortes an. Sollte sich eine Akte im LWV-Archiv erhalten haben, ist dies die Gelegenheit für eine Einsichtnahme. Bei dem Gespräch wird die Akte quellenkritisch erläutert. Dabei können zudem historische Sachverhalte erklärt werden, die in der Auskunft unverständlich geblieben sind oder die sich im Nachgang erst stellten. Nach dieser Einführung besteht die Möglichkeit des ausführlichen Selbststudiums der Akte mit einem abschließenden Gesprächsangebot, bei dem weiterführende Fragen geklärt werden können.

Zudem wird ein begleiteter, individueller Rundgang durch die Gedenkstätte angeboten. Gerade bei dieser Begehung gilt es, den Angehörigen die Zeit zu geben, die sie brauchen, um sich dem historischen Ort zu nähern. Diese persönliche Auseinandersetzung vor Ort zu unterstützen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Aufgaben der Gedenkstätte. Manchmal wird bei den Besuchen vor Ort das Erinnern konkret, und es werden Zeichen der Trauer und des Gedenkens hinterlassen.

Einzelne Angehörige überlassen der Gedenkstätte – auch dies sei zum Schluss erwähnt – Schrift- und Erinnerungstücke im Original oder in Kopie. In manchen Fällen, um unsere Dokumentationsarbeit zu unterstützen, in anderen Fällen zum dauerhaften Bewahren der Lebensgeschichte der Ermordeten. Sie unterstützen damit die Bildungs- und Forschungsarbeit der Gedenkstätte ganz wesentlich, denn gerade diese individuellen, oft sehr persönlichen Erinnerungstücke konterkarieren die diskriminierenden und objektivierenden Angaben aus den Krankenakten, die die Sicht der Täterinnen und Täter wiedergeben.

Dr. Sebastian Schönemann, Gedenkstätte Hadamar

Weiterführende Literatur

Georg Lilienthal: Opfer und Angehörige im Kontakt mit dem Ort des Verbrechens. Ein Bericht aus der Gedenkstätte Hadamar, in: Stefanie Westermann, Richard Kühl, Tim Ohnhäuser (Hg.): NS-„Euthanasie“ und Erinnerung. Vergangenheitsaufarbeitung, Gedenkformen, Betroffenenperspektiven, Münster 2011, S. 143 – 152, hier S. 143.

Matthias Meusch: Die strafrechtliche Verfolgung der Hadamarer „Euthanasie“-Morde, in: Uta George u. a. (Hg.): Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum, Marburg 2006, S. 305 – 326.

■ Gedenkstättenarbeit digital

Ein Werkstattbericht aus der Gedenkstätte Breitenau

Digitale Zugänge in der Gedenkstättenarbeit können historische Inhalte niedrigschwellig und visuell ansprechend kommunizieren. Zugleich bietet die Digitalisierung neue partizipative Formen der Geschichtsaneignung. Diese digitalen Möglichkeiten griff ein Modellprojekt des Landes Hessen, koordiniert von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, im Jahr 2020 auf. Es sah vor, ein Konzept zur Digitalisierung der Gedenkstätte Breitenau in den Handlungsfeldern Bilden und Erinnern zu erarbeiten und umzusetzen.

Die Gedenkstätte Breitenau gehört zu den ersten seit Mitte der 1970er Jahre entstandenen zivilgesellschaftlich getragenen Initiativen, die „vergessene“ Orte der NS-Gewaltgeschichte wiederentdeckten und als Lernorte zum Sprechen brachten. Entstanden war die Gedenkstätteninitiative an der Gesamthochschule Kassel, die seit 1979 die Akten der Korrektions- und Landarmenanstalt Breitenau erschloss und dabei die gesellschaftliche Funktion dieses Arbeitshauses als zentralen Haftortes des Regierungsbezirks Kassel während der NS-Zeit erkannte. Das 1874 eröffnete Arbeitshaus Breitenau wurde ähnlich wie Benninghausen, Hadamar oder Kislau in einem säkularisierten Kloster eingerichtet. Beim Umbau zum Arbeitshaus war die ehemalige Klosterkirche geteilt worden. Im historischen Chor

befindet sich seither der Gottesdienstraum der lokalen evangelischen Kirchengemeinde. Von der evangelischen Kirche durch eine Mauer getrennt, wurden das historische Mittelschiff und das Portal als Hauptgebäude der Anstalt zusammengefasst. Im Portal wurden dabei ein Treppenhaus und insgesamt drei Einzelzellen eingebaut. Der Besuch des Gottesdienstes war zentraler Bestandteil der Gefangenenfürsorge, sodass sich Gefangene und Gemeindemitglieder gegenüber saßen – auch zur Zeit des frühen Konzentrationslagers, das zwischen Juni 1933 und März 1934 im Arbeitshaus untergebracht war. Hier waren insge-

YouTube-Display „Aber das hätte man doch gesehen, oder?!“, Gestaltung: Milena Albiez

*Aber das
hätte man doch
gesehen, oder?!*



Es handelt sich um eine Akte der "Landesarbeitsanstalt und Landesfürsorgeheim Breitenau". In diesem preußische Arbeitshaus für den Regierungsbezirk Kassel wurde 1940 ein sog. Arbeitserziehungslager eingerichtet.

Das Lager untersteht der Geheimen Staatspolizei Kassel. Diese lässt im AEL Breitenau viele ausländische Zwangsarbeiter:innen, häufig aufgrund kleinster oder vermeintlicher Verstöße gegen ihre Arbeitsauflagen inhaftieren.



Die Gefangene wird am 21.05.1943 der "Landesheilanstalt Hadamar" überstellt. Hadamar fungiert im Rahmen der Euthanasieverbrechen der Nationalsozialisten als Tötungsanstalt, in der ca. 14.500 Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen ermordet werden.



Zu den Verantwortlichen für Repression, Verfolgung und Ermordung der Opfer des Nationalsozialismus zählen unterschiedliche Akteure, so auch Fürsorge- und Gesundheitsämter sowie Mediziner und Psychiater. Das Gutachten, das zur Überstellung dieser Gefangenen von Breitenau in die Tötungsanstalt Hadamar führt, ist vom Anstaltsarzt Breitenaus ausgestellt. In solchen Gutachten finden sich stigmatisierende, pseudowissenschaftliche Diagnosen wie "Idiotie" und "Schwachsinn", mit denen unangepasstes Verhalten und psychische Krankheiten beschrieben werden.

Gedenkstätte
Breitenau

samt 470 politische Gegner der Nationalsozialisten aus dem gesamten Regierungsbezirk Kassel inhaftiert. Nach Auflösung des Konzentrationslagers bestand das Arbeitshaus fort und war Haftort für diverse Verfolgtengruppen. Neben Jugendlichen, die Opfer einer repressiven und gewaltvollen Fürsorgepraxis wurden, waren unter den Insassen mindestens 21 Männer, die Opfer von Zwangssterilisationen wurden. Im November 1938 war Breitenau infolge der Pogrome kurzzeitig Haftort für jüdische Männer aus Guxhagen und Umgebung vor ihrer Deportation ins Konzentrationslager Buchenwald. Im Mai 1940 schließlich richtete die Geheime Staatspolizei Kassel in der Breitenauer Anstalt ein sogenanntes Arbeitserziehungslager (AEL) ein, in dem bis zur Auflösung des Lagers im März 1945 mehr als 8.300 Menschen, mehrheitlich zivile Zwangsarbeiter:innen, eingesperrt waren.

■ Inhaltliche Leitlinien und ihre digitale Übersetzung

Die direkte Nachbarschaft von Zwangslager und Gemeinde, die die die nach 1945 häufig beanspruchte Nichtwisserschaft widerlegt, nahm im pädagogischen Konzept der Gedenkstätte Breitenau seit den 1980er Jahren eine wichtige Rolle ein. „Mauern des Schweigens durchbrechen“ hieß auch die von Jutta Dillmann, Dietfried Krause-Vilmar und Gunnar Richter, sie alle waren Teil der an der Gesamthochschule angesiedelten Projektgruppe Breitenau, herausgegebene erste Publikation. Aus der eigenen Erfahrung des projektbasierten Lernens heraus entwickelte die Gruppe seit den 1980er Jahren ein pädagogisches Konzept, das sich am forschenden Lernen orientierte und einen lokal- und regionalhistorischen sowie biographischen Zugang wählte. Zentrale Inhalte der Gedenkstättenarbeit waren neben dem Thema Nachbarschaft und Öffentlichkeit die Erinnerung an die Verfolgten und das Herstellen von Gegenwartsbezügen. Neben Führungen wurde die Beschäftigung mit sachthemativen Sammlungen zu einem zentralen Element der Vermittlungspraxis, das sich insbesondere an Schüler:innen richtete.

Im Rahmen des Digitalisierungsprojektes galt es, das sich über viele Jahre hin zwar bewährte, aber strikt analoge und dabei medial veraltete Vermittlungskonzept in digitale Formen zu übersetzen und dabei auch inhaltliche Erweiterungen vorzunehmen, um neue, vor allem jüngere Lerngruppen und Geschichtsinteressierte anzusprechen. Zu den implementierten Formaten zählten Medienstationen, die sowohl in die Dauerausstellung als auch in die Seminarräume integriert wurden, eine neue Website und Social-Media-Kanäle (Instagram, Facebook, YouTube). Modellcharakter hat-



„Begriffsgeschichten“, Medienstation Gedenkstätte Breitenau, Gestaltung: Kyra Porada/BOK+Gärtner, Programmierung: Finke Media



Teaser QR-Code-Rundgang, Videografie: Johannes Hocks

te insbesondere der Auftritt in den sozialen Medien als erste institutionalisierte NS-Gedenkstätte in Hessen überhaupt. Grundlegend für die Erschließung der Plattformen war die Entwicklung eines neuen Corporate Designs durch die Gestalter:innen Milena Albiez, Britta Wagemann und Johannes Strüber sowie eines

Social-Media-Konzeptes durch Karoline Achilles. Bei der Entwicklung des neuen Erscheinungsbildes wurden als Spezifika der Gedenkstätte der authentische Ort, der weitgehend erhaltene Aktenbestand und Breitenau als multifunktionaler Haft- und Leidensort im Nationalsozialismus herausgeschält.

■ Digitale Erinnerungsarbeit mit authentischen Quellen

Während der historische Ort, das ehemalige Kloster-
gelände, heute den Eindruck einer friedlichen Idylle
vermittelt, wird dies durch die Akten gebrochen. Ins-
besondere die über 3.000 Fallakten von Gestapo-Ge-
fangenen im AEL Breitenau dokumentieren die vor
Ort verübten Verbrechen. Sprachlich spiegeln sie die
menschenverachtende NS-Ideologie wider, wenn Be-
griffe wie „arbeitsscheu“, „asozial“ oder „moralischer
Schwachsinn“ als Haftgründe in den Akten genannt
werden. In enger Absprache mit dem heutigen Eigen-
tümer der Akten, dem Landeswohlfahrtsverband
(LWV) Hessen, bildet die pädagogische Erschließung
dieser Akten den Kern der digitalen Erinnerungsar-
beit. Auf Instagram und Facebook ist beispielsweise
die Rubrik „Hinsehen“ zu finden, unter der mit bio-
graphischem Zugang Lesehilfen der Fallakten von Ge-
stapo-Gefangenen aufgefächert werden. Sie reichen
von der Analyse der Aktendeckel über die in den Ak-
ten zu findenden Personalbeschreibungen bis hin zu



Außenansicht Klosterkirche Breitenau (© Hessische Landes-
zentrale für Politische Bildung)

den Korrespondenzen der vielen an der Verfolgung
beteiligten Akteure.

Ebenfalls aus den Akten herausgearbeitet wurde die
Rubrik „Begriffsgeschichten“, die unter anderem auf den
Medienstationen zur Verfügung steht. Auf dem Touch-
screen oszillieren Begriffe, deren Semantik nachgegan-
gen werden kann: Welche Narrative stecken im Begriff
„Arbeitsbummelei“? Welche Funktion und Bedeutung
hatten Arbeit bzw. der Zwang zur Arbeit in Breitenau?
Welche sozialen Deutungsmuster von Armut lassen sich
am Straftatbestand der Bettelerei nachvollziehen?

Ein weiterer Eckpunkt in der digitalen Erinnerungs-
arbeit der Gedenkstätte ist der historische Ort, der so-
wohl in seinen unterschiedlichen Funktionen sichtbar
gemacht wird als auch in der Verflechtung als Tatort
mit seinem lokalen Umfeld. Auch in dieser Hinsicht bie-
ten die Bestände des LWV-Archivs wertvolle Quellen,
insbesondere das hier überlieferte historische Karten-
material. Es enthält unter anderem Baupläne der An-
stalt, die einen Eindruck des historischen Geländes
vermitteln. Bei der digitalen Erschließung wurden die
Baupläne zusammen mit historischen Fotografien aus
den Beständen des Bildarchivs Foto Marburg in einen
QR-Code-Rundgang eingebettet. Dieses von der Stif-
tung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) im
Jahr 2021 geförderte Projekt richtet sich sowohl an Ein-
zelbesucher:innen, die sich ohne geführten Rundgang
den Ort erschließen, als auch an Jugendgruppen. Für
sie stehen zu den Stationen des Rundgangs zusätzli-
che Materialien, Quellen und Fragebögen im Rahmen
eines Peer-to-Peer-Angebotes zur Verfügung. Mithilfe
der Erschließungshilfen können sich die Jugendlichen
mit Einzelaspekten vertiefend beschäftigen und diese
im Anschluss ihren Peers vermitteln.

Auch auf den Medienstationen kommen die Bau-
pläne zum Einsatz. Unter der Rubrik „Anstalt im Ort“
wird eine interaktive Karte des Breitenauer Geländes
präsentiert. Bei erster Berührung werden die histori-
schen Gebäude bezeichnet. Bei erneuter Berührung
klappen Texte zu ihren Funktionen aus. Diese sind
verknüpft mit biographischen Informationen zu den
Verantwortlichen. So poppen zum Beispiel unter dem
Punkt „Verwaltungsgebäude“ die Biographien der
beiden Anstaltsdirektoren zur NS-Zeit auf. Unter dem
Punkt „Siedlungshäuser“ werden fallbeispielhaft Bio-
graphien von Aufsehern bzw. Aufseherfamilien präsen-
tiert, die rund um die Anstalt in günstig erworbenen
Häusern lebten. Zentral bei der Konzeption der Me-
dienstationen ist, dass sie unterschiedliche Vorkennt-
nisse und Interessenlagen im Sinne der Barrierefreiheit
berücksichtigen. Die Oberflächen können dabei auch



um Leichte Sprache sowie Sprachausgaben für Menschen mit Sehbehinderung erweitert werden. Auch hier wird Partizipation im Sinne einer niedrigschwelligen Erschließung digital umgesetzt.

„Anstalt im Ort“, Medienstation Gedenkstätte Breitenau, Gestaltung: Kyra Porada/BOK+Gärtner, Programmierung: Finke Media

■ Gewinnbringende Erweiterung der klassischen Gedenkstättenarbeit

Die Gedenkstätte Breitenau konnte dank der im Jahr 2020 durch das Land Hessen angestoßenen Projektförderung ihre Vermittlungsarbeit um digitale Zugänge, die unterschiedliche Zielgruppen anspricht, wesentlich erweitern. Während bislang der historische Ort nur im Rahmen von Gruppenführungen zum Sprechen gebracht worden war, kann er nun mittels QR-Code-Rundgang auch selbstständig erkundet werden. Informationen zum historischen Ort und zu den mit ihm verknüpften Schicksalen sind aber auch ortsunabhängig in den sozialen Medien jederzeit zugänglich. Dass diese digitale Erinnerungsarbeit entscheidend dazu beiträgt, die Reichweite der Gedenkstättenarbeit zu erhöhen, zeigen steigende Followerzahlen in den sozialen Medien. Seit der Entspannung der pandemischen Lage sind ebenfalls die Besucher:innenzahlen vor Ort stetig gestiegen. Davon kann abgeleitet werden, dass die digitale Erinnerungsarbeit kein Ersatz für den physischen Besuch des authentischen Ortes ist, sondern vielmehr eine gewinnbringende Erweiterung, die die Besuche vor- und nachbereiten kann.

Dr. Ann Katrin Düben, Gedenkstätte Breitenau

■ Kinder von Zwangsarbeiterinnen und ihre Gräber

Ein Forschungsthema des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in Hessen

Die Formen des Gedenkens an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft haben sich in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg tiefgreifend gewandelt. Vor diesem Hintergrund hat der Landesverband Hessen im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Jahr 1999 damit begonnen, die Geschichte der hessischen Kriegsgräberstätten in eigenständiger wissenschaftlicher Forschung aufzuarbeiten und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der 1919 gegründete Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist ein gemeinnütziger Verein. Er widmet sich im Auftrag der Bundesregierung der Aufgabe, Kriegstote im Ausland zu suchen, zu bergen, sie würdig zu bestatten und ihre Gräber zu pflegen. Auch im Inland wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche Kriegsgräberstätten geschaffen. Der rechtliche Rahmen für die Anlage dieser Friedhöfe war das Kriegsgräbergesetz der Bundesrepublik von 1952. Es legte fest, dass Gräber von Toten der Weltkriege aus öffentlichen Mitteln zu pflegen und dauerhaft zu erhalten waren. Für viele der verstreut und oft isoliert gelegenen Kriegsgräber in Deutschland schien dies aber schon wenige Jahre nach 1945 nicht mehr gesichert. Um die Gräber zu erhalten und ihre Pflege zu gewährleisten,

lag es nahe, sie auf eigens anzulegenden Sammelfriedhöfen zusammenzufassen. Diese Aufgabe wurde zu meist dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge übertragen.

Die Toten, die auf die neuen Kriegsgräberstätten umgebettet wurden, gehörten unterschiedlichen Gruppen an: Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Gestapo- und KZ-Häftlinge, deutsche Zivilisten und „Displaced Persons“. Im Kampf gefallene oder infolge ihrer Verwundungen verstorbene deutsche

Eine typische Kriegsgräberstätte der alten Bundesrepublik: Ludwigstein im Werra-Meißner-Kreis, eingeweiht 1961. Foto: Volksbund Hessen



Militärangehörige machten nur eine Totengruppe unter anderen aus. „Klassische“ Soldatenfriedhöfe waren die inländischen Kriegsgräberstätten nie.

■ Das Forschungsprojekt des Volksbunds in Hessen

Angelegt als Orte der Trauer und Mahnung, aber auch aus pragmatischen Erwägungen der Grabpflege heraus, drohten die Kriegsgräberstätten auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik am Ende des 20. Jahrhunderts für nachwachsende Generationen unverständlich zu werden. Die Ausgangsbedingungen, gesetzlichen Vorgaben und Verwaltungsvorschriften, die dazu geführt hatten, dass äußerst unterschiedliche Totengruppen Seite an Seite bestattet worden waren, begannen in Vergessenheit zu geraten. Je ferner die Entstehungszeit der Friedhöfe rückte, desto mehr bedurften sie der Erklärung. Um sich dieser Aufgabe zu stellen, hat der Volksbund in Hessen 1999 damit begonnen, ausgewählte hessische Kriegsgräberstätten systematisch zu erforschen und die Arbeitsergebnisse auf Informationstafeln zu dokumentieren.



Kindergräber auf der Kriegsgräberstätte Kloster Arnsburg, Lkr. Gießen. Foto: Volksbund Hessen

Die Informationstafeln werden, sofern denkmalrechtliche Belange dem nicht entgegenstehen, im Eingangsbereich oder im Zentrum der Friedhöfe sowie an einzelnen Gräbern aufgestellt. Sie geben Auskunft über Geschichte und Besonderheiten der jeweiligen Kriegsgräberstätte. In einem Lageplan sind die Gräber markiert, an denen sich weitere Informationstafeln befinden. Die Tafeln an den Gräbern erzählen die Schicksale der Menschen, die in ihnen bestattet sind. Ziel ist es, möglichst für jede der Gruppen von Toten, die auf einer Kriegsgräberstätte begraben sind, zumindest ein exemplarisches Schicksal vorstellen zu können.

Im Rahmen des Projektes konnte bislang die Geschichte von 15 hessischen Kriegsgräberstätten bearbeitet werden. Immer wieder wurde und wird der



Kriegsgräberstätte Kloster Arnsburg mit Einzelschicksalsstelen. Foto: Volksbund Hessen




Volksbund dabei auf eine Gruppe von Toten aufmerksam, die in der Öffentlichkeit bis heute wenig bekannt ist. Es handelt sich um Kinder von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die im oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland geboren wurden, jedoch aufgrund der katastrophalen Lebensbedingungen bereits im Säuglings- oder Kleinkindalter verstarben.

Eine Kooperation des Volksbunds mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung bot 2020/2021 die Möglichkeit, auf der Basis von Quellen des Stadtarchivs Wiesbaden – insbesondere Unterlagen der Friedhofsverwaltung und der Wiesbadener „Ostarbeiterkartei“ – die Schicksale zweier polnischer Frauen und ihrer Kinder zu erforschen und in der Wanderausstellung der Landeszentrale „Hebammen in Hessen – gestern und heute“ zu dokumentieren. Einen Teil der Ergebnisse, die Geschichte von Anastazja Siutyla und ihrem Sohn Jan, fasst dieser Vortrag zusammen.

■ Zwangsarbeiterinnen in der Kriegswirtschaft

1944 waren im Deutschen Reich mehr als 7,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte gemeldet. Nur durch ihren (Zwangs-)Einsatz vermochte das NS-Regime seine Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg funktionsfähig zu halten. Ein Drittel aller Beschäftigten in der Metall- und Chemieindustrie, auf Baustellen und im Bergbau waren 1944 Ausländer; in der Landwirtschaft und in reinen Rüstungsbetrieben betrug ihr Anteil 50 Prozent. Allein aus Polen und der Sowjetunion waren 4,5 Millionen „Fremdarbeiter“ nach Deutschland verschleppt worden, über die Hälfte von ihnen weiblich. Das Durchschnittsalter der Frauen lag bei 20 Jahren.

Bis 1942 wurden Zwangsarbeiterinnen, die in Deutschland schwanger geworden waren, in ihre Heimatländer abgeschoben. Weil der Kriegswirtschaft dadurch Arbeitskräfte verloren gingen, galten ab 1943 neue Vorschriften: Nun sollten die Frauen ihre Kinder

Zivilarbeiter(in) polnischen Volkstums:		Ausweis-Nr.	
Name: (bei Frauen auch Geburtsname) S i u t y ł a			
Vorname: Anastasia			
Geburts-tag und -ort: 3. 6. 1919 Krasne			
Beruf: früherer jetziger Landarbeiter			
Familienstand: ledig		Zahl der Kinder:	
Religion: Kath.		Fingerabdrücke (Zeigefinger)	
Heimatort: (Distrikt bzw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.) Krasne Kr. Bilberay		links	rechts
Besondere Kennzeichen:			

Karteikarte für Anastazja Siutyla aus der Wiesbadener „Ost-arbeiterkartei“. Quelle: Stadtarchiv Wiesbaden

austragen und danach an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. War der Vater Deutscher, sollte das Kind der Mutter nach der Geburt weggenommen und in einem besonderen Heim als deutsches Kind erzogen werden. Für die Kinder, deren Väter keine Deutschen waren, war vorgesehen, sie in „Ausländerkinder-Pflegestätten“ an Unterernährung und mangelnder Pflege sterben zu lassen. Die Bestimmungen galten offiziell für alle Ausländerinnen, wurden jedoch fast nur auf Frauen aus Polen und der Sowjetunion angewandt.

Vor allem in Städten und Industriegebieten wurden solche „Ausländerkinder-Pflegestätten“ eingerichtet. Auf dem Land dagegen konnten polnische und sowjetische Zwangsarbeiterinnen ihre Neugeborenen oft bei sich behalten. Schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen und eine mangelhafte medizinische Versorgung führten aber auch dort zu einer hohen Sterblichkeit unter ihren Kindern.

■ Zwangsarbeit in Wiesbaden

Anastazja Siutyla wurde 1919 bei Biłgoraj im Süden Polens geboren. In Erbenheim, einem dörflichen Vorort von Wiesbaden, bei einem privaten Arbeitgeber als

„landwirtschaftliche Arbeiterin“ gemeldet, wurde sie 1944 schwanger. Sie war nicht verheiratet – als Polin im Arbeitseinsatz in Deutschland war ihr keine Eheschließung erlaubt.

Das Wiesbadener Arbeitsamt, das Anastazja Siutylas Arbeitseinsatz verwaltete, schickte schwangere Zwangsarbeiterinnen zur Entbindung grundsätzlich in das Sammellager Pfaffenwald bei Bad Hersfeld, ein „Hilfskrankenhaus“ der Gauarbeitsämter Kurhessen und Rhein-Main. Die dortigen Kapazitäten waren jedoch begrenzt. Osteuropäische Zwangsarbeiterinnen in Wiesbaden brachten ihre Kinder daher zum Teil in den Kliniken der Stadt zur Welt – entgegen den reichsweit geltenden Vorschriften. Im Fall von Anastazja Siutyla wurden diese jedoch eingehalten: Zur Entbindung wurde sie ins Lager Pfaffenwald gebracht.

Von Pfaffenwald aus wurden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion an ihre Einsatzorte verteilt. Andere, die in Deutschland krank und arbeitsunfähig geworden waren, wurden zunächst hierhin verlegt und später in die Tötungsanstalt Hadamar deportiert, wo sie ermordet wurden. Viele schwangere Zwangsarbeiterinnen wurden zu Abtreibungen genötigt, noch im sechsten Schwangerschaftsmonat, die ebenfalls in Pfaffenwald vorgenommen

wurden. Die hygienischen und medizinischen Verhältnisse waren katastrophal. Als „Gebärstation“ diente eine Baracke, die Säuglingssterblichkeit war hoch.

Am 18. September 1944 brachte Anastazja Siutyła im Lager Pfaffenwald ihren Sohn Jan zur Welt. Nach der Geburt kehrte sie mit ihm nach Wiesbaden zurück. Jan Siutyła lebte nur wenige Wochen. Am 13. Dezember 1944 starb er in der Unterkunft seiner Mutter. „Krämpfe“ hätten seinen Tod herbeigeführt, vermutete der herbeigerufene Arzt. Das Kind wurde auf dem Friedhof von Wiesbaden-Erbenheim begraben.

Mit dem Einmarsch der US-Armee am 28. März 1945 wurden die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Wiesbaden befreit. Anastazja Siutyła heiratete kurz darauf. Ihr Mann kam wie sie aus dem Süden Polens und war Zwangsarbeiter in Wiesbaden-Erbenheim gewesen. Wie ihr verstorbener Sohn hieß er mit Vornamen Jan; vielleicht war der Junge ihr gemeinsames Kind. Die Spur des Paares verliert sich nach seiner Hochzeit. Ob es nach Polen zurückkehrte oder in ein anderes Land auswanderte, ließ sich nicht mehr feststellen.

Die Schicksale von Anastazja und Jan Siutyła im Beitrag des Volksbunds zur Ausstellung „Hebammen in Hessen“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Foto: Volksbund Hessen



„Mein geliebtes Töchterchen. Friede seiner Seele“: Grabstein für Tereza Dziemulska (10.05.1944 – 17.03.1945), Kind einer polnischen Zwangsarbeiterin, auf dem Kriegsgraberteil des Friedhofs Wetzlar-Niedergirmes. Foto: Volksbund Hessen





Informationstafel des Volksbunds auf dem Frankfurter Hauptfriedhof. Foto: Volksbund Hessen

■ Die Kindergräber nach 1945

Wie das Grab von Jan Siutyła in der frühen Nachkriegszeit aussah, ist nicht überliefert. Aus anderen Gemeinden ist jedoch bekannt, dass Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach ihrer Befreiung Grabsteine für ihre verstorbenen Kinder setzten und die Gräber pflegten, solange sie noch in Deutschland lebten.

Aber auch als Anastazja Siutyła den Ort ihrer Zwangsarbeit verlassen hatte, waren Pflege und Erhaltung des Grabes ihres Kindes zunächst gewährleistet. Gemäß einem Befehl der US-Militärregierung ging die Verpflichtung hierzu auf die Stadt Wiesbaden über.

Die Situation änderte sich mit der Gründung der Bundesrepublik. In der ersten Fassung des Kriegsgräbergesetzes legte der neue westdeutsche Staat 1952 fest, wie er in Zukunft mit den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft umgehen wollte. Auf dieser Grundlage entschied Bundesinnenminister Gerhard Schröder 1955, die Grabpflege aus öffentlichen Mitteln für die Kinder von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern einzustellen. Im Wiesbadener Stadtgebiet waren 120 Kindergräber davon betroffen.

In den 1960er Jahren setzte ein Umdenken ein. Das Gräbergesetz wurde 1965 neu gefasst. Die Gräber von NS-Opfern und zivilen ausländischen Kriegstoten sind

rechtlich seither genauso geschützt wie die Gräber der deutschen Soldaten. Auch das Schicksal der Kinder von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern wurde nun anders bewertet. Wo ihre Gräber noch bestanden, sollten sie wieder in die öffentliche Pflege aufgenommen werden. Für das Grab von Jan Siutyła kam das Umdenken jedoch zu spät. Seine Pflege wurde 1955 eingestellt; 1960 war es bereits beseitigt. Auf dem Friedhof von Wiesbaden-Erbenheim erinnert heute nichts mehr an das Leben und den frühen Tod des Kindes.

■ Ausblick

Im Rahmen des Forschungsprojektes bildete die Recherche im Stadtarchiv Wiesbaden den Auftakt zu einer eingehenderen Beschäftigung mit den Kriegsgräberstätten der hessischen Landeshauptstadt. Aktueller Forschungsschwerpunkt im Jahr 2023/2024 ist der Wiesbadener Südfriedhof, der größte Friedhof der Stadt. Auf seinen Kriegsgräberfeldern sind über 2.200 Menschen bestattet, die ihr Leben in den Weltkriegen und als Opfer der nationalsozialistischen Diktatur verloren haben.

Dr. Götz Hartmann, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Hessen

■ Aktuelle Debatten zur Gedenkkultur im Hochtaunuskreis

Ein Praxisbericht aus der Arbeit des Kreisarchivs

Es gehört zu den Usancen des Hessischen Archivtags, dass das Archiv oder eines der Archive am Tagungsort einen Beitrag zum Programm beisteuert. In Form eines Praxisberichtes wird im Folgenden Einblick in die Arbeit des Kreisarchivs Hochtaunus gegeben. Das Kreisarchiv hat keine Gedenkstätten in seiner Verantwortung, wird aber durchaus häufig mit Fragen der Erinnerungsarbeit, des Gedenkens und der Geschichtskultur konfrontiert.

Der Themenkomplex Erinnern und Gedenken gehört zum Kerngeschäft des Kreisarchivs Hochtaunus. Obwohl sich unsere Bestände ganz überwiegend auf die Zeit nach 1945 erstrecken, erreichen das Kreisarchiv immer wieder Fragen im thematischen Zusammenhang von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg. Verantwortlich hierfür sind vor allem zwei Bestände: zum einen die Akten der Betreuungsstelle für politisch Verfolgte des NS-Regimes, die im Wege eines Beständeausgleichs 2015 durch das Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden dem Kreisarchiv übergeben wurden und die seither intensiv genutzt werden, beispiels-

weise für die biographisch orientierte Gedenk- und Erinnerungskultur, die im Hochtaunuskreis vor allem durch die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit gepflegt wird. Hier gibt es ein aktives, bürgerschaftlich-ehrenamtlich getragenes Engagement, das mit unseren Beständen arbeitet und das wir auch organisatorisch und finanziell unterstützen.

Der andere Bestand bezieht sich auf den Themenkomplex Flucht und Vertreibung. Es handelt sich hierbei vor allem um Akten aus dem Lastenausgleich, die eine gute Datenbasis darstellen, allerdings aktuell noch



Zur Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen im Hochtaunuskreis: Flüchtlingsbaracken in Hundstadt in den späten 1940er Jahren. Foto: Kreisarchiv Hochtaunuskreis

wenig beforscht werden. 2014 konnten wir eine Studie mit dem Titel „Zwischen Ablehnung und Solidarität“ zur Integration der Vertriebenen im Gebiet des heutigen Hochtaunuskreises publizieren, im gleichen Jahr erschien eine kleine Broschüre des Kreisarchivs zum Thema Zwangsarbeit. Hier ist es der Initiative eines Lokalhistorikers zu danken, dass wir auf der Grundlage seiner Forschungsergebnisse vier Informationstafeln produzieren und an ausgewählten Orten der Zwangsarbeit im Kreisgebiet aufstellen lassen konnten. Allerdings fußen die darin publizierten Erkenntnisse zum überwiegenden Teil nicht auf unseren eigenen Beständen.

■ Anlauf- und Beratungsstelle für historische Fragen

Und tatsächlich sind wir in Fragen der Erinnerungs- und Gedenkkultur ganz überwiegend nicht im archivischen Kerngeschäft, sondern im Bereich von Bildung und Vermittlung gefragt. Wie sicher die meisten kleinen Kommunalarchive, so fungiert auch das Kreisarchiv des Hochtaunuskreises zu einem wesentlichen Teil als Anlauf- und Beratungsstelle für historische Fragen aller Art – wenn Sie so wollen, als kleines orts- und regionalhistorisches Kompetenzzentrum. Gerade im Bereich der nicht akademisch geschulten lokalhistorisch Arbeitenden ist immer wieder eine große Unsicherheit im Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus zu beobachten – weniger in der Methodik als in der Frage der Darstellung und möglicherweise dadurch entstehender Konflikte.

Ein kleines konkretes Beispiel: 2020 hat zum 75. Jahrestag des Kriegsendes eine kleine lokale Arbeitsgruppe das Kriegsende in ihrem Heimatdorf untersucht und ihre Ergebnisse im Internet veröffentlicht. Daraufhin wurden sie von anderen aus der Gemeinde mit heftigen Vorwürfen konfrontiert, bei denen es in der Sache um die unreflektierte Übernahme von Quellenterminologie ging – „Ostarbeiter“ statt „Zwangsarbeiter“ – und um den Vorwurf, dass durch die Ausblendung der Vorgeschichte dem Dorf ein vermeintlicher Opferstatus zugeschrieben werde, gipfelnd im – allerdings übers Ziel hinausschießenden – Vorwurf, die NS-Zeit zu verharmlosen. In der Sache hätten diese Punkte durch eine entsprechende Überarbeitung des Textes ohne Weiteres bereinigt werden können, und das Kreisarchiv hat entsprechende Unterstützung hierzu angeboten. Dazu waren die Bearbeiter aber nicht bereit, sondern durch die Heftigkeit der Vorwürfe so sehr auch persönlich getroffen, dass sie ihren Text wieder aus dem Netz entfernt haben. Zwar ist er der lokalhistorischen Forschung nicht verloren, sondern als Dokumentation im Gemeindearchiv verfügbar,

dennoch ist der breiten Öffentlichkeit dadurch ein Informationsangebot verloren gegangen.

Ein klassisches Medium der Erinnerungskultur, mit dem sicher alle Kommunalarchive immer wieder befasst sind, sind Straßennamen. Hierzu sei ein Fall aus dem Jahr 2019 kurz skizziert, der durchaus typisch erscheint. Es ging dabei in der Ortschaft Obernhain um die Benennung einer Straße, für die aus der Bürgerschaft der Name eines ehemaligen Bürgermeisters vorgeschlagen wurde. Die Gemeindeverwaltung hat daraufhin das Kreisarchiv um eine Stellungnahme gebeten – vor dem Hintergrund, dass die Amtszeit des zu Ehrenden sich auf die Jahre 1935 bis 1945 erstreckte.

Nach einer Prüfung des Sachverhalts haben wir der Gemeinde empfohlen, von dieser Straßenbenennung Abstand zu nehmen; eines der wesentlichen Argumente war dabei, dass der Bürgermeister nicht nur frühes Mitglied, sondern zugleich Stützpunktleiter, also örtlicher Vorsitzender der NSDAP, war. Der Befund, der im Wesentlichen aus der Spruchkammerakte im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden gewonnen wurde, stand im Widerspruch zum örtlichen Geschichtsbild, das im Wesentlichen auf mündlicher Überlieferung beruhte: In dessen Narrativ stand die persönliche Integrität des Bürgermeisters im Mittelpunkt, der Zwangsarbeiter gut behandelte, die freiwillige Feuerwehr ins Leben gerufen hatte, es beim Hören von Feindsendern bei einer Ermahnung beließ, für die kampflöse Übergabe des Dorfes an die Alliierten sorgte und bis zu seinem Tod 1979 ein allseits beliebter und geachteter Mitbürger war. Nachdem das Thema in der Gemeindevertretung behandelt worden war, folgte eine kleine, in der Lokalpresse und den sozialen Medien ausgetragene Debatte; schlussendlich nahm die Gemeinde von dem geforderten Straßennamen Abstand.

Im Zuge dieser Debatte konnte tatsächlich das historische Bewusstsein im Ort geschärft werden, und es ist durchaus eine kleine Heranführung an historisches Arbeiten gelungen. Vereinfacht gesagt: Wir haben immerhin dem Hauptstaatsarchiv den einen oder anderen Erstlingsbenutzer aus Obernhain verschaffen können, der unserer Aufforderung, die Spruchkammerakte zu studieren, nachgekommen ist; in diesem Punkt war die Debatte, auch wenn sie durchaus kontrovers geführt wurde, sehr fruchtbar – es ist zu hoffen, dass das auch über den konkreten Anlass hinaus der örtlichen Geschichtskultur zugutekommt. Nicht zuletzt konnte dabei eine breitere Öffentlichkeit auf die Dienstleistungen des Kreisarchivs aufmerksam gemacht werden, dessen Stellungnahme zwar zunächst als Einmischung von außen – „Was wissen die im Kreisarchiv schon von unserem

Bürgermeister?“ – wahrgenommen wurde, das im Laufe des Diskussionsprozesses aber immer stärker als hilfreicher Ansprechpartner geschätzt wurde. Voraussetzung für dieses erfolgreiche Stückchen lokaler Geschichtskultur war allerdings das Bestehen einer respektvollen, offenen Gesprächskultur auf beiden Seiten.

Natürlich gibt es auch das Gegenteil. In einer anderen Gemeinde in unserem Kreis, in Glashütten, amtierte in den 1960er Jahren der ehemalige NS-Generalrichter Manfred Roeder (1900 – 1971), der eindeutig als NS-Täter zu bezeichnen ist, als Erster Beigeordneter. Eine Lokalhistorikerin hat verdienstvoll herausgearbeitet, dass Bürgermeister und Landrat über die Vergangenheit des Beigeordneten informiert waren, aber nichts weiter unternommen haben. Hinsichtlich der Beurteilung des Beigeordneten herrscht vor Ort Einigkeit – kontrovers beurteilt wird das Verhalten des damaligen Bürgermeisters. Die Frage, die sich stellt, ist, ob sein Verhalten als zeittypisches Wegschauen im Sinne eines „Stunde null“-Denkens zu werten ist oder als bewusste Protektion und womöglich Ausdruck bestehender Seilschaften. Das ist eine spannende Sachfrage, deren Erörterung jedoch ganz erheblich dadurch erschwert wird, dass sie in eine komplizierte innerörtliche Konfliktlage eingebettet ist, in der persönliche und politische Auseinandersetzungen eng miteinander verwoben sind.

■ Gedenk- und Erinnerungskultur: ein ressourcenintensives Feld der kommunalen Archivarbeit

Solche und ähnliche Fälle kennt zweifellos jeder und jede von Ihnen aus seiner und ihrer Praxis. Um meinen Bericht etwas anschlussfähiger für eine Diskussion zu machen, will ich zur Reflexion unserer Arbeit die Frage nach der Eigeninitiative aufwerfen und etwas problematisieren. Bei den oben genannten Beispielen ist das Kreisarchiv nicht von sich aus aktiv geworden, sondern auf Anfrage und Bitte von außen hin. Wenn wir gefragt werden, melden wir uns zu Wort. Das hat vor allem etwas mit den verfügbaren Ressourcen zu tun, denn natürlich bedeutet die Mitarbeit an Fragen der Erinnerungskultur einen Mehraufwand, der – erst recht in einem kleinen Kommunalarchiv – nicht zu unterschätzen ist. Dass wir uns auf Anfrage in diesen Themen zu Wort melden, ist uns allerdings in unserem Selbstverständnis sehr wichtig – sowohl als Teil unseres Forschungs- und Vermittlungsauftrags als auch wegen der Öffentlichkeit, die dabei erreicht werden kann. Zugleich ist das aber auch unbefriedigend: Jeder Kollege, jede Kollegin in einem Kommunalarchiv kennt die Leichen, die im Keller liegen – problematische Straßennamen, Denkmäler, Biographien etc. Und viele dieser Probleme rufen nicht nur nach Aufarbeitung, sondern bieten sich geradezu an, innerhalb einer kritischen Re-



Zur Erinnerung an die Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg hat der Hochtaunuskreis an verschiedenen Punkten Gedenktafeln aufgestellt. Foto: Kreisarchiv Hochtaunuskreis

flexion zu einem erheblichen Erkenntnisgewinn in der Orts- und Regionalgeschichte zu führen. Dafür, selbst entsprechende Forschungen oder Diskussionen anzustoßen oder gar zu führen, fehlen aber oftmals die notwendigen Ressourcen. Das Warten auf den Anstoß von außen allerdings bringt das Problem mit sich, dass das Thema dann oft bereits in einen kommunalpolitischen Kontext gestellt ist, dass eine Debatte bereits läuft, dass sich womöglich bereits Konflikte gebildet und Fronten verhärtet haben. Das ist keine optimale Ausgangslage für eine konstruktive historische Aufarbeitung eines heiklen Themas; es besteht die Gefahr, von einer Partei vereinnahmt oder einem bestimmten Lager zugeordnet zu werden.

Kurzum: Es wäre sehr wünschenswert, dass auch kleinere Archive stärker als bisher die Möglichkeit hätten, systematisch oder anlassbezogen eine aktive Rolle in der konkreten, ortsbezogenen Erinnerungskultur spielen zu können. Freilich geht es dabei nicht nur um Ressourcen; oft fehlt es auch an politischer Rücken- deckung – ausdrücklich nicht hier im Hochtaunuskreis, das will ich betonen. Aber ich will es hier doch einmal ansprechen: Kleine Kommunalarchive sind in aller Regel nah an der gewählten Verwaltungsspitze dran; sie haben oft die Aufgabe, Grußworte zu verfassen, historische Hintergründe zu Jubiläen zu liefern und einen Beitrag zur Stärkung einer positiven, lokalen Identität zu leisten – mit anderen Worten: Geschichte zum Wohlfühlen zu inszenieren. Heikle historische Themen, bei



Praktisches Beispiel für die Gedenkarbeit des Kreisarchivs: Präsentation von Schülerprojekten in Bad Homburg zum 70. Jahrestag der Novemberpogrome 2008

denen es womöglich um die eigenen Amtsvorgänger oder gar das eigene kommunale Selbstverständnis geht, werden von der Kommunalpolitik allzu oft nur ungern aus eigenem Antrieb aufs Tapet gehoben – durchaus verständlicherweise: Das ist unbequem, potentiell konfliktbehaftet und ohne vordergründigen Nutzen. Auch das ist ein Grund, weshalb viele kleinere Kommunalarchive sich nicht imstande sehen, bestimmte Themen aktiv in die Öffentlichkeit zu bringen und entsprechende Projekte zu inszenieren.

Andererseits aber sollte es ja auch nicht das Selbstverständnis eines Archivs sein, „Geschichtspolizei“ zu spielen und sich zum Wächter über politisch-historische Korrektheit aufzuschwingen. Und ganz ehrlich: Ich selber bin durchaus froh um manche Leiche, die unentdeckt im Keller schlummert, weil ich weiß, wie viel Arbeit ihre Entdeckung verursachen würde und wie unbequem manche Debatte wäre. Am Ende helfen natürlich Mittelweg und Augenmaß.

Zumindest eine mögliche Leiche im Keller will ich hier beispielhaft ansprechen, um deren Bergung und Untersuchung wir uns nur ungern von außen antreiben lassen wollen, sondern sie, soweit es geht, in eigener Regie und mit der gebotenen Ruhe und Sorgfalt in den

nächsten Jahren bewerkstelligen wollen. Es geht dabei um die Geschichte eines „Kinderkurheims“ in der Nähe von Bad Tölz, das der Hochtaunuskreis bzw. sein Vorgänger von den 1960er bis in die 1980er Jahre besaß und betrieb. Nachdem das Thema der sogenannten Verschickungskinder in den letzten Jahren zusehends an wissenschaftlicher wie öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen hat, wollen wir in diesem Punkt – auch wenn es bisher keine Anhaltspunkte für Missbrauchs- oder Gewaltfälle gibt – als Kreisverwaltung initiativ werden, um dieses Kapitel der jüngeren Kreisgeschichte zu erforschen und zu dokumentieren, sofern die Ressourcen das in den nächsten Jahren zulassen werden.

Also: Es ist auf der Graswurzelebene, auf der wir uns in kleinen Kommunen bewegen, schwierig und ressourcenintensiv, Fragen der Gedenk- und Erinnerungskultur anzugehen. Es ist aber in meinen Augen schlicht notwendig. Für Kommunalarchive jedenfalls wäre ein Standpunkt, sich nur als Hüter und Bereitsteller der Quellen zu verstehen, unangemessen; die Stadtarchivarin ist stets zugleich auch eine Stadthistorikerin. Ich werbe daher sehr dafür, die öffentliche Debatte, auch wenn sie unbequem oder kontrovers ist, nicht zu scheuen, wenn wir das Archiv als eine lebendige, aktive Institution einer Kommune und als Partner örtlicher Geschichtsvereine und lokalhistorisch Arbeitender verstehen wollen.

Gregor Maier M.A., Kreisarchiv Hochtaunus

■ Pionier der Forschung zur NS-„Euthanasie“

Der Nachlass von Ernst Klee in der Gedenkstätte Hadamar

Im Jahr 2018 übernahm die Gedenkstätte Hadamar den persönlichen Nachlass des Frankfurter Journalisten, Sozialarbeiters, Historikers und Pioniers der NS-„Euthanasie“-Forschung Ernst Klee (1942 – 2013). Seitdem wird er wissenschaftlich erschlossen und steht der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Klee war einer der profiliertesten Forscher und Publizisten im Bereich der Aufklärung der „Euthanasie“-Verbrechen im Nationalsozialismus sowie der Verfolgung der Täterkarrieren vor und nach 1945. Ähnlich wie der Historiker Götz Aly hat auch Klee als investigativer Journalist seine NS-Forschung begonnen, durchaus belächelt von der Historikerzunft. In den 1970er Jahren befasste er sich mit gesellschaftlich ausgegrenzten Gruppen wie Obdachlosen, Psychatriepatienten oder behinderten Menschen. In dieser Zeit arbeitete er mit Gusti Steiner (1938 – 2004) zusammen, der damals den Grundstock für die bundesdeutsche emanzipatorische Behindertenbewegung legte. Steiner war Sozialarbeiter und wegen Muskelschwunds auf den Rollstuhl angewiesen. Klee und Steiner gaben ab 1980 einen sogenannten Behindertenkalender heraus, um „für eine Gesellschaft, in der alle Platz haben“ (Behindertenkalender 1982, S. 146), zu streiten. Ernst Klees „Knast-Reportagen“ und vor allem seine Sozialreportage „Die im Dunkeln“ von 1971 hatten zu jener Zeit Alleinstellungscharakter. Außerdem arbeitete er zu Gastarbeitern und entlassenen Strafgefangenen. Nach etlichen Film- und Radiobeiträgen, hauptsächlich im Hessischen Rundfunk, zu gesellschaftlichen Randgruppen und Devianz näherte Klee sich dem Thema der nationalsozialistischen Krankenmorde an. Deren Erforschung blieb für ihn nicht auf die NS-Zeit beschränkt, sondern ging über in eine kritische Analyse etwaiger Kontinuitäten im Nachkriegsdeutschland. Doch auch hier blieb Klee nicht stehen, sondern forschte zu Missständen in der Psychiatrie der Bundesrepublik und der DDR. Vom Thema NS-„Euthanasie“ kam er zur Beschäftigung mit NS-Verbrechen insgesamt, womit Klee einen anderen Weg ging wie die etablierte Geschichtswissenschaft, die sich lange Zeit ausgehend von der Holocaustforschung dem stiefmütterlich behandelten Thema NS-„Euthanasie“ zuwandte.

Ernst Klee wurde 1942 in Frankfurt am Main geboren. Er machte zunächst eine Lehre als Sanitär- und



„Unser Musterkrüppelchen“ – Karikatur von Ernst Klee auf dem Cover des Behindertenkalenders

Heizungstechniker. Dann holte er das Abitur nach und studierte in Frankfurt Theologie und Sozialpädagogik. Nicht nur zahlreiche Publikationen, sondern auch eine lange Liste von Radio- und Fernsehbeiträgen zählen zu seinem Lebenswerk, für das er mit dem Kurt-Magnus-Preis der ARD, der Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt, der Wilhelm-Leuschner-Medaille und dem Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet wurde.

■ Warum Hadamar?

Vor seinem Tod 2013 entschied Ernst Klee gemeinsam mit seiner Frau Elke Klee, dass sein persönlicher Nachlass der Gedenkstätte Hadamar zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Gedenkstätte erinnert an etwa 15.000 Menschen, die im Rahmen des NS-„Euthanasie“-Programms ermordet wurden. Auf dem Cover seines 1983 erschienenen, bahnbrechenden Buches mit dem Titel „Euthanasie im NS-Staat“. Die ‚Vernichtung



lebensunwerten Lebens“ ließ Klee eine Fotografie der früheren Tötungsanstalt Hadamar mit rauchendem Schornstein abbilden. Die Auswahl illustriert seine inhaltliche Nähe zu Hadamar. Mit seinem Grundlagenwerk begann auch Klees Begleitung der Entwicklung der Gedenkstätte, der er bis zu seinem Tod 2013 verbunden blieb.

Klees „Euthanasie im NS-Staat“ ist bis heute eines der Standardwerke der NS-„Euthanasie“-Forschung. Zwar lagen bereits vor dem Erscheinen des Buches vereinzelt Publikationen zum nationalsozialistischen Krankenmord vor, doch Klee stellte das Thema erstmals in einem größeren Zusammenhang dar. Er schrieb nicht nur über einzelne der im gesamten Deutschen Reich verbreiteten insgesamt sechs Tötungsanstalten, sondern auch über die diversen „Phasen“ der NS-„Euthanasie“, wie die „Kindereuthanasie“, die „Aktion T4“, die Aktion „14f13“ und die „dezentrale Euthanasie“. Das Innovative an seinem Werk ist also die Berücksichtigung der geographischen Streuung und der Unterschiede in der Organisation der Verbrechen. Gleichzeitig bediente er sich einer stark quellenbezogenen Methode, die er hier erstmals konsequent anwendete. Seine Studie ist geprägt von der akribischen Sichtung und Auswer-

Übergabe des Nachlasses durch Elke Klee an den Landeswohlfahrtsverband Hessen. V. l. n. r.: Dr. Jan Erik Schulte (Leiter der Gedenkstätte Hadamar), Elke Bockhorst (Leiterin Öffentlichkeitsarbeit des LWV), Elke Klee, Dr. Andreas Jürgens (Erster Beigeordneter des LWV), Heike Matthiesen

tung historischer Quellen, ein Charakteristikum, das zu seinem Markenzeichen werden sollte und auch seine späteren Bücher kennzeichnete. Alles in allem gehört Ernst Klee zu den Pionieren der NS-„Euthanasie“-Forschung. Er hat in diesem Bereich Grundlagenarbeit geleistet und nimmt daher einen besonderen Stellenwert in der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Krankenmorde ein.

■ Bedeutung des Nachlasses

Am 15. März 2018 fand in der Evangelischen Akademie Frankfurt die feierliche Übergabe des Nachlasses durch Elke Klee an den Landeswohlfahrtsverband Hessen statt. An diesem Tag wäre Ernst Klee 76 Jahre alt geworden. Für die Bildungsarbeit sowie die Forschung in der Gedenkstätte Hadamar ist der Nachlass in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung. Zunächst ist die inhaltliche Bereicherung enorm. Der Nachlass besteht aus einem Schubladenschrank mit Hängeregistern, Klees Privatbibliothek, 110 Aktenordnern, Sammlun-

gen von Zeitschriften und Büchern vor 1945 sowie 50 VHS-Kassetten, die mit Fernsehaufzeichnungen von Klees eigenen Filmen oder auch offensichtlich für ihn interessanten Beiträgen bespielt sind. Der Schubladenschrank enthält zumeist Dokumente, die der Bundesrepublik und der DDR zuzuordnen sind. Hierzu zählen etwa Reiseberichte Klees, Sendeprotokolle von Radio- und Fernsehbeiträgen, Leserbriefe, Zeichnungen oder Überlieferungen von Veranstaltungen und politischen Aktionen (beispielsweise die inszenierte Einweihung einer Rollstuhlrampe bei der Frankfurter Hauptpost oder der satirische Preis „Die goldene Krücke“ für besonders behindertenfeindliche Unternehmen). Zur Zeit des Nationalsozialismus enthält der Schubladenschrank etliches Fotomaterial zu medizinischen Versuchen und Aufnahmen aus verschiedenen Konzentrationslagern. Neben Klees Bibliothek, die ca. 37 laufende Meter umfasst, gehören zum Nachlass außerdem noch 110 Aktenordner, die überwiegend Mitschriften aus den Nürnberger Ärzteprozessen, aber auch Forschungsskizzen zu einzelnen Tätern, SS-Personallisten, Biographien oder Korrespondenzen mit Archiven enthalten. Der Nachlass dokumentiert außerdem beispielhaft die problematische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, insbesondere mit der NS-„Euthanasie“.

Ernst Klee bei der Verleihung des satirischen Preises „Die goldene Krücke“ im November 1978



Von Klee angefertigter Stempel zur Kennzeichnung seiner eigenen Sammlung

Der Forscher Klee steht für die Schwierigkeiten, die Krankenmorde in der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur zu verankern.

Seit Anfang Mai 2018 wird der Nachlass in der Gedenkstätte Hadamar betreut und derzeit verzeichnet. Die Bibliothek Klees ist bereits als separater Bestand in den Bibliothekskatalog der Gedenkstätte aufgenommen, außerdem wurden Exlibris angefertigt und in jedes Buch der „Klee-Bibliothek“ mit einem säurearmen Klebstoff eingefügt. Die Erschließungsdaten der übergebenen Unterlagen werden im Archivinformationssystem „Arcinsys Hessen“ veröffentlicht, zu-





sätzlich können in der Gedenkstätte Hadamar jederzeit Informationen zum Klee-Nachlass und zum Stand der Bearbeitung erfragt werden. Der Nachlass steht der Öffentlichkeit zur Verfügung und wird bereits rege genutzt – auch international. Im Rahmen von Tagungen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen wurden bereits

Exlibris in einem Buch aus Klees Bibliothek



Ausschnitt aus Klees Privatbibliothek

und werden in Zukunft weiterhin Forschungsergebnisse aus dem Nachlass diskutiert. Die Gedenkstätte ist sich der Verantwortung, die mit der Übergabe des Nachlasses einhergeht, bewusst. Sie bemüht sich, die Erschließung des Bestandes weiter voranzutreiben, um die Unterlagen besser zugänglich zu machen und das Erbe Ernst Klees lebendig zu halten.

Dr. Esther Abel, Gedenkstätte Hadamar

Veröffentlichungen Ernst Klee (Auswahl)

Die im Dunkeln. Sozialreportagen, Düsseldorf 1971.

Der Schrotthaufen der Menschlichkeit. Ein Lesebuch zur sozialen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Reports und Reportagen, Düsseldorf 1976.

„Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt am Main 1983.

Das Personenlexikon des Dritten Reichs. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt am Main 2003.

■ Der Geschichtsort Adlerwerke

Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager

Ende März 2022 wurde – nach jahrzehntelangem Ringen um eine angemessene Gedenk- und Bildungsstätte – der „Geschichtsort Adlerwerke: Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager“ eröffnet. Seine historischen Themen sind das KZ-Außenlager Katzbach in den Frankfurter Adlerwerken und die Zwangsarbeit im städtischen Raum.

Die Adlerwerke waren ein Frankfurter Traditionsunternehmen. Hier wurden Schreib- und Büromaschinen, Fahr- und Motorräder und Lkws hergestellt. Vor 1945 waren die Adlerwerke einer der vier bedeutenden deutschen Automobilhersteller. Wie viele andere große Firmen profitierten die Adlerwerke vom System der Zwangsarbeit. Zwangsarbeit fand aber auch in kleineren Betrieben, im Handwerk, in der Landwirtschaft und in Privathaushalten statt. Nur durch ausländische Zivilarbeiter:innen und Kriegsgefangene konnte – trotz des Weltkriegs – die Versorgung der Bevölkerung aufrechterhalten und die Rüstungsproduktion in Gang gehalten werden. Nach dem

Ende des Zweiten Weltkrieges wurden den Alliierten 145 Zwangsarbeitslager allein in Frankfurt gemeldet.

Die Adlerwerke richteten im August 1944 auf dem Werksgelände ein Konzentrationslager ein. 1.616 KZ-Häftlinge mussten dort bis Ende März 1945 arbeiten. Ein Großteil von ihnen war während des Warschauer Aufstands festgenommen und über das Durchgangslager Pruszków und die Konzentrationslager Dachau

Im imposanten Gebäude der ehem. Adlerwerke befindet sich seit März 2022 der Geschichtsort Adlerwerke. Foto: Salome Rössler





Schüler:innen auf Spurensuche im Stadtteil Gallus. Foto: Mara Monetti



Schüler:innen erarbeiten sich in der Dauerausstellung die Themen Zwangsarbeit in Frankfurt am Main. Foto: Mara Monetti

und Buchenwald nach Frankfurt gebracht worden. 527 Männer starben allein direkt in Frankfurt. Nach der Verlegung in andere Lager und bei der Evakuierung des Lagers sowie beim Todesmarsch ins ostthessische Hünfeld starben viele weitere KZ-Häftlinge.

Zivilgesellschaftliches Engagement für eine Gedenk- und Bildungsstätte

Das zivilgesellschaftliche Engagement für eine Gedenk- und Bildungsstätte zum KZ Katzbach glich lange einem „Kampf gegen Windmühlenflügel“ (so der Historiker Marco Brenneisen). Veranstaltungen, Demonstrationen, Aktionen, Gedenktafeln und mehrere Einladungen an Überlebende hielten die Forderung und die Erinnerung lebendig und verlangten eine Entschädigung der Opfer.

2015 gründete sich ein neuer „Förderverein für die Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte KZ-Katzbach/Adlerwerke und zur Zwangsarbeit in Frankfurt am Main“, der die bisherigen Bemühungen bündelte und neue Aktivitäten entfaltete. Auch der politische Raum in Frankfurt öffnete sich: Eine neue wissenschaftliche Studie zum KZ Katzbach wurde von Seiten des Dezernates für Kultur und Wissenschaft beim Fritz Bauer In-

stitut in Auftrag gegeben, und es wurden Finanzmittel für die Konzeption einer Ausstellung für eine künftige Gedenk- und Bildungsstätte zugesagt. In einem Kooperationsprojekt des Fördervereins mit dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 – 1945 wurden daraufhin in 15 Monaten eine Dauerausstellung und die Strukturen der Gedenk- und Bildungsstätte entwickelt. Der „Geschichtsort Adlerwerke: Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager“ wird nun vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 – 1945 verantwortet und wird dabei vom besagten Förderverein und dem Dezernat für Kultur und Wissenschaft unterstützt. Alle drei Parteien bilden gemeinsam den Verwaltungsrat, der die Grundlinien der Arbeit festlegt.

Die Ausstellung im Geschichtsort Adlerwerke ist als eine Dokumentenausstellung angelegt. Es finden sich hier Fotos, Zeichnungen, Dokumente sowie erklärende Texte. Dabei ist die Ausstellung in Teilen veränderbar konzipiert und folgt einem partizipativen Konzept. Neue Forschungsergebnisse, die auch im Rahmen unserer Workshops entstehen können, sollen ihren Weg in die Ausstellung finden. Besucher:innen wird ermöglicht, neue Tafeln zu Firmen und Standorten der Zwangsarbeit in die Ausstellung hineinzuhängen. Die Medienstationen und die haptischen Elemente in der Ausstellung spre-

Dokumentenausstellung mit partizipativem Ansatz

Die Ausstellung im Geschichtsort Adlerwerke ist als eine Dokumentenausstellung angelegt. Es finden sich hier Fotos, Zeichnungen, Dokumente sowie erklärende Texte. Dabei ist die Ausstellung in Teilen veränderbar konzipiert und folgt einem partizipativen Konzept. Neue Forschungsergebnisse, die auch im Rahmen unserer Workshops entstehen können, sollen ihren Weg in die Ausstellung finden. Besucher:innen wird ermöglicht, neue Tafeln zu Firmen und Standorten der Zwangsarbeit in die Ausstellung hineinzuhängen. Die Medienstationen und die haptischen Elemente in der Ausstellung spre-



Die Geschichte der Erinnerung an das KZ „Katzbach“ zum Anfassen. Foto: Thomas Altmeyer



Schüler:innen erarbeiten sich in der Dauerausstellung die Themen Zwangsarbeit in Frankfurt am Main. Foto: Mara Monetti

chen verschiedene Sinne an. Biographien lassen sich hören oder lesen, ein großer Medientisch zeigt kartensbasiert Orte der Zwangsarbeit in Frankfurt. Die Perspektive eines KZ-Häftlings, aber auch der Akteur:innen der Debatte um eine Gedenk- und Bildungsstätte werden in Videointerviews sichtbar. Mit Stadtteilrundgängen und Geocache-Rundgängen wird der städtische Nahraum mit in die pädagogischen Angebote eingebunden.

Der Geschichtsort Adlerwerke richtet sich an interessierte Einzelbesucher:innen ebenso wie an Gruppen von Erwachsenen und Schüler:innen. Für Jugendliche bietet der Geschichtsort Adlerwerke interaktive Führungen an. Die Teilnehmer:innen erschließen sich selbstständig die Schwerpunktthemen der Ausstellung und werden mit Methoden des entdeckenden Lernens dazu angeregt, sich mit dem Ort auseinanderzusetzen und Fragen zu stellen, um am Ende ihre Ergebnisse in der Gruppe zu präsentieren.

Mit der App „Actionbound“ können Schulgruppen zudem selbstständig die Umgebung der früheren Fabrik und des KZ Katzbach erkunden. Die digitalen Entdeckungstouren auf Tablets vermitteln mit Fotos, Texten, Aufgaben und Zitaten von Überlebenden verschiedene

Themen aus der Ausstellung mit besonderem Bezug zum Stadtteil. In biographischen Workshops können Teilnehmer:innen sich anhand verschiedener Quellen den Biographien von Zwangsarbeiter:innen und KZ-Häftlingen nähern. Konzipiert ist darüber hinaus auch ein besonderer Workshop, der sich an aktive Gewerkschafter:innen richtet und der erstmals in diesem Jahr durchgeführt werden soll.

■ Ausblick

Die erste Bilanz ein Jahr nach der Eröffnung des Geschichtsortes Adlerwerke fällt sehr positiv aus. Das KZ Katzbach und die Zwangsarbeit sind nun deutlich präsenter in der öffentlichen Wahrnehmung. Auch die Zahl der Schulklassen, die diese Gedenk- und Bildungsstätte besuchen, nimmt zu. Mit neuen Forschungen, z. B. zur Zwangsarbeit in Frankfurt, und der Entwicklung neuer pädagogischer Angebote stehen spannende Aufgaben und Projekte bevor.

Thomas Altmeyer M.A., Geschichtsort Adlerwerke

Weiterführende Literatur

Andrea Rudorff: Katzbach – das KZ in der Stadt. Zwangsarbeit in den Adlerwerken Frankfurt am Main 1944/45, Göttingen 2021.

Impressum

Archivnachrichten aus Hessen
Sonderheft 2023
ISSN 1865-2816

Herausgeber:
Hessisches Landesarchiv in Zusammenarbeit
mit dem Verband deutscher Archivarinnen und
Archivare e. V. / Landesverband Hessen (VdA)
und dem Verband hessischer Kommunalarchi-
varinnen und Kommunalarchivare (VhK)

Sitz der Redaktion:
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt
Tel.: 06151/7378-0; Fax: 06151/7378-101

Druck:
Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Redaktion:
Dr. Peter Quadflieg
Dr. Dominik Motz

Gestaltung, Bildbearbeitung:
wellKOM. Kommunikationsdesign GmbH,
Wiesbaden

Die digitale Version der archivnachrichten
aus Hessen finden Sie auf der Website
des Hessischen Landesarchivs unter
www.landesarchiv.hessen.de

Die Abbildungen im Heft stammen, wenn nicht
anders angegeben, aus den Beständen der be-
richterstattenden Einrichtung.

Titelbild:
Einritzungen Zellenwand Klosterkirche Breite-
nau. © Hessische Landeszentrale für Politische
Bildung



